



FORDERUNGEN AN DIE NÄCHSTE BUNDES- REGIERUNG 2024



[WIEN.ARBEITERKAMMER.AT](https://www.wien.arbeiterkammer.at)



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

IMPRESSUM

Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 1
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum

Titelbild: ©Mohammed Hassan - Unsplash

© 2024: AK Wien

Stand Juli 2024

12 Prioritäten der AK für ein lebenswertes Österreich

- 2 **Auf einen Blick – Österreichs Zukunft gestalten**
- 4 **Arbeitsbedingungen**
Die arbeitenden Menschen verdienen mehr
- 6 **Arbeitsmarkt und Wirtschaft**
Wirtschaft gestalten, Beschäftigungschancen verbessern
- 8 **Klimaschutz**
Jetzt sozial und ökologisch umbauen
- 10 **Steuergerechtigkeit**
Unser Steuersystem bestraft die Arbeitnehmer:innen
- 12 **Gesundheitspolitik**
Stopp der Zwei-Klassenmedizin
- 14 **Pflege**
Gute Arbeitsbedingungen sichern eine gute Pflegeversorgung
- 16 **Soziale Sicherheit**
Sozialstaat ist die Basis für ein gutes Leben für alle
- 18 **Geschlechtergerechtigkeit**
Frauen brauchen endlich echte Frauenpolitik
- 20 **Bildungschancen**
Moderne Schulfinanzierung jetzt!
- 22 **Leistbares Wohnen**
Wohnen muss für alle leistbar sein
- 24 **Integration**
In Österreich leben, arbeiten und mitbestimmen dürfen
- 26 **Kunst und Kultur**
Denkanstöße für die Gesellschaft unterstützen

Österreich: Die Herausforderungen anpacken

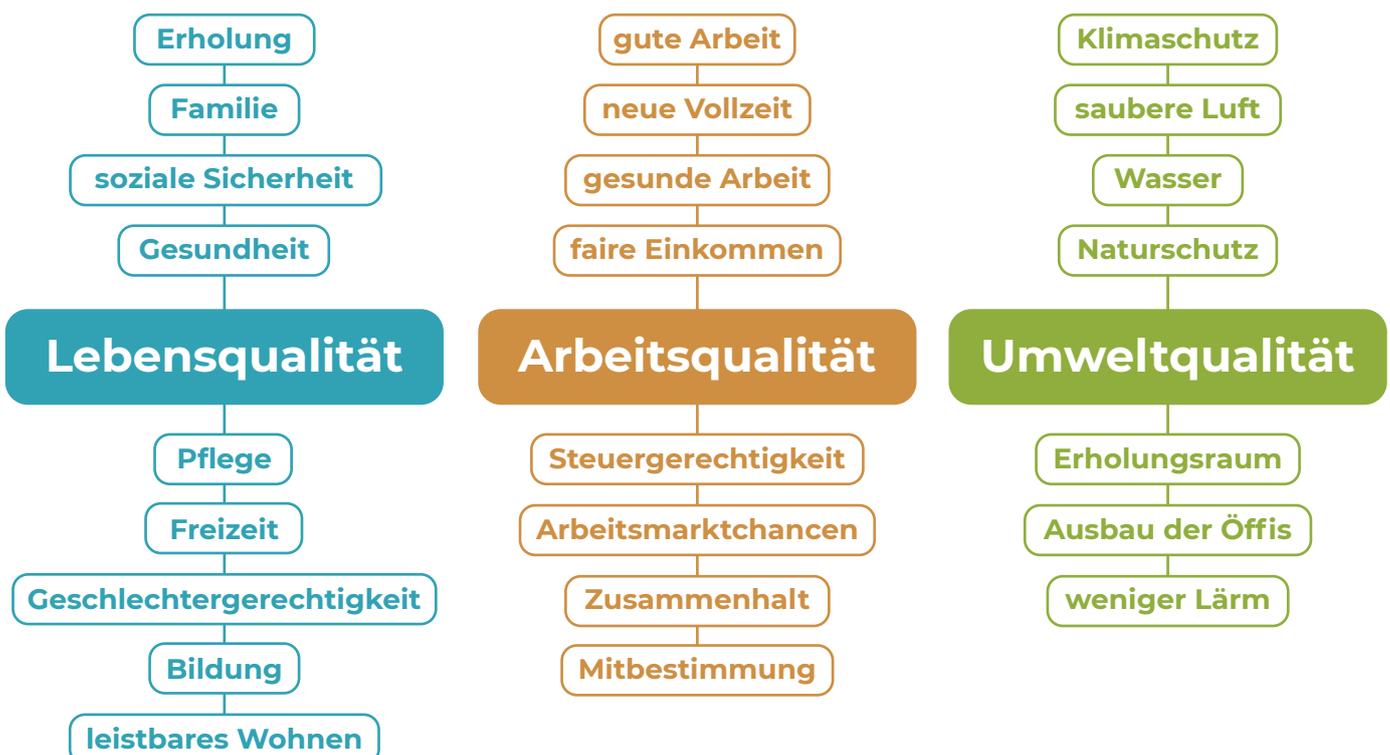
Österreich ist ein lebenswertes Land. Unsere Fachkräfte sind hervorragend ausgebildet. Unsere Produkte und Dienstleistungen stehen weltweit hoch im Kurs. Die soziale Sicherheit ist ein Vorbild für viele fortschrittliche Länder der Welt. Dennoch stehen wir vor großen Herausforderungen, die entschlossenes Handeln erfordern. Die im Euroraum-Vergleich nach wie vor zu hohen Teuerungsraten sind eine Last für viele Menschen und Unternehmen. Die Folgen der Klimakrise haben etwa im Sommer 2023 weltweit zu dramatischen Hitzeperioden und katastrophalen Unwettern geführt. Während die Superreichen mit sehr viel höheren CO₂-Emissionen dafür überproportional verantwortlich sind, treffen die Auswirkungen der Klimakrise die arbeitenden Menschen in aller Härte. Es ist hoch an der Zeit, den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft in aller Entschlossenheit anzupacken und die Krisenfolgen wirksam abzufedern.

Die nächste Bundesregierung muss mit Weitsicht handeln und dabei die Anliegen der Beschäftigten in den Fokus nehmen. Die Arbeitnehmer:innen spüren, dass der Druck auf sie immer größer wird.

Die Arbeitsverdichtung nimmt zu, die beruflichen Anforderungen steigen, die Arbeitszeit wird entgrenzt. Gleichzeitig sind das Wissen und die Fertigkeiten der Arbeitnehmer:innen unverzichtbar, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

**Für die Arbeiterkammer ist klar:
Wer arbeitet, hat Respekt und Anerkennung für diese Leistungen verdient.**

- Respekt heißt: die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen wieder in die Gesetzgebung und in Institutionen, die sie betreffen, auf Augenhöhe einbeziehen; insbesondere müssen die Arbeitnehmer:innen in der Österreichischen Gesundheitskasse wieder die Mehrheit bekommen.
- Respekt heißt: gute Arbeitsbedingungen und hohe Lebensqualität für alle.
- Respekt heißt: die Beschäftigten bei der Bewältigung der Klimakrise einbinden und dort, wo sie die Auswirkungen des Klimawandels und des wirtschaftlichen Umbaus treffen, wirksam zu unterstützen.



Die AK ist eine demokratische und unabhängige Institution. Institutionen wie die Gewerkschaften, die gesetzlichen Interessenvertretungen, eine selbstverwaltete Sozialversicherung, freie und unabhängige Medien, Rechnungshof, Nationalbank, Statistik Austria oder NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen sind zentrale Elemente unserer Demokratie und Gesellschaft. Verantwortungsvolle Regierungspolitik bedeutet, den Dialog mit allen zu suchen und sich mit den Meinungen anderer Organisationen und Expert:innen auseinanderzusetzen. Eine verantwortungsvolle Regierungspolitik begnügt sich nicht mit dem Zeithorizont der Legislaturperiode, sondern nimmt die langfristigen Herausforderungen und Notwendigkeiten in den Blick. Nur so findet man vernünftige und nachhaltige Lösungen.

Die AK ist wie eine Anwältin von fast 4 Millionen arbeitenden Menschen – und dieses Mandat nehmen wir sehr ernst. Die Mitarbeiter:innen der Arbeiterkammer setzen sich täglich für eine gerechtere Arbeitswelt ein. Mit mehr als 2 Millionen Beratungen und zehntausenden Verfahren pro Jahr kämpfen wir unmittelbar für die Rechte unserer Mitglieder und können so Jahr für Jahr fast 650 Millionen Euro für sie erstreiten.

In unserer politischen Arbeit haben wir erfolgreich lebenslange Nachteile in der Pension aufgrund der Teuerung verhindert, Rechte für Eltern mit schwerkranken Kindern erkämpft und eine willkürliche Kürzung der Sozialleistungen von Teilzeitkräften verhindert. Mit unseren politischen Konzepten machen wir laufend konkrete Vorschläge, wie das Leben der arbeitenden Menschen verbessert werden kann und kämpfen täglich für ihre Umsetzung. Mit dem Schwerpunkt „Jugend und Beteiligung“ der AK Wien sprechen wir besonders junge Menschen an. Ein konkretes Projekt ist dabei die „FAKTory“ direkt neben der Universität Wien. Mit diesem Zentrum für berufstätige Studierende haben wir einen Ort für Studierende, Universitätsbedienstete und andere Wissbegierige mit einem attraktiven Mix aus Beratung, Austausch und Literatur geschaffen.

Wir sind täglich in Kontakt mit unseren Mitgliedern und wissen daher ganz genau, wie der Alltag der arbeitenden Menschen aussieht und mit welchen Problemen sie konfrontiert sind. Auf den nachfolgenden Seiten werden die wesentlichen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre aufgezeigt, Lösungswege skizziert und daraus zentrale Forderungen an die künftige Bundesregierung abgeleitet:

➤ **Arbeitsbedingungen**

➤ **Arbeitsmarkt und Wirtschaft**

➤ **Klimaschutz**

➤ **Steuergerechtigkeit**

➤ **Gesundheitspolitik**

➤ **Pflege**

➤ **Soziale Sicherheit**

➤ **Geschlechtergerechtigkeit**

➤ **Bildungschancen**

➤ **Leistbares Wohnen**

➤ **Integration**

➤ **Kunst und Kultur**

Die AK will die Herausforderungen der Zukunft im Interesse der Arbeitnehmer:innen aktiv mitgestalten. Wir wollen Österreich als ein lebenswertes Land für die Vielen. Wir wollen Österreich als ein mutiges Land, das Herausforderungen im Sinne unserer Mitglieder anpackt.

Die arbeitenden Menschen verdienen mehr!

Die Menschen in Österreich leisten extrem viel und verdienen **Respekt**. Seit Mitte der 70iger Jahre hat sich die Produktivität pro Arbeitsstunde verdoppelt – damit ist auch der **Arbeitsdruck** auf die Beschäftigten enorm gestiegen. Die gesetzliche Arbeitszeit ist aber unverändert geblieben, obwohl Konzerne immer größere Gewinne verzeichnen. Dabei kommen vergleichbar hochentwickelte Volkswirtschaften wie Dänemark oder Finnland mit deutlich niedrigeren Arbeitszeiten aus. Es ist daher hoch an der Zeit für eine neue, **gesunde Vollzeit**.

Während innovative Unternehmen bereits erfolgreich kürzere Arbeitszeiten eingeführt haben, erachten es viele Firmen als selbstverständlich, dass Mitarbeiter:innen rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Profit steht oft an erster Stelle, und den Preis dafür zahlen die arbeitenden Menschen.

Personalmangel und eine unfaire Verteilung der Arbeitszeit gefährden die **Gesundheit** der Beschäftigten. Sie bekommen für ihre harte Arbeit zu wenig Ausgleich. Dabei wäre es ganz einfach: Klare Spielregeln, Mitbestimmung bei den Arbeitszeiten und mehr Freizeit müssen sein. Aus Sicht der AK darf weder die Ausbeutung von Menschen noch von Natur ein erfolgreiches Geschäftsmodell sein. Wir wollen, dass **Österreich** in Sachen faire Arbeitsbedingungen und Klimaschutz **Weltspitze** wird.

Ein Recht auf Fairness, ein Recht auf Freizeit

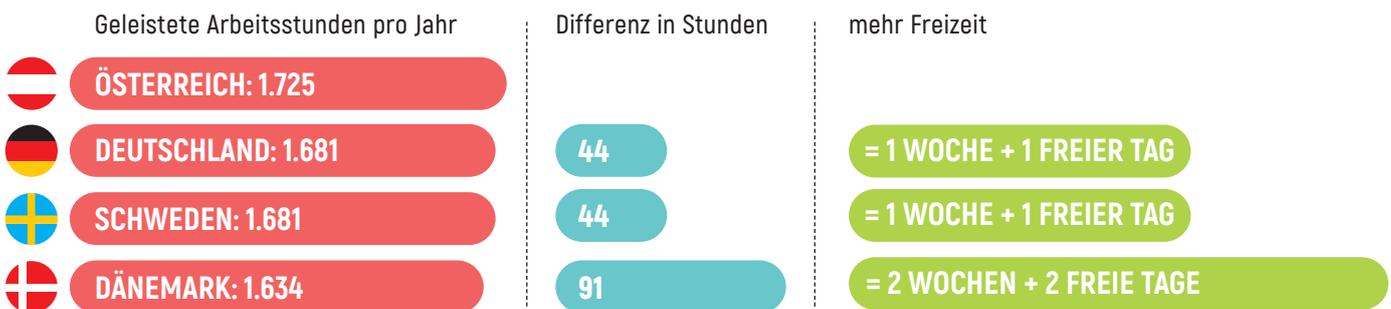
Österreichs Vollzeitbeschäftigte haben 2023 im Durchschnitt 40,7 Stunden pro Woche gearbeitet. Zusätzlich blieben im selben Jahr 47 Millionen **Mehr- und Überstunden** im Wert von 1,3 Milliarden unbezahlt! Gleichzeitig können eine halbe Million Frauen aus familiären Gründen nur **Teilzeit** arbeiten. Kürzere Arbeitszeiten können hier Ausgleich schaffen.

Mit der Erhebung der Arbeitszeit in der Sozialversicherung würde man zudem Lohnbetrug leichter auf die Spur kommen.

Unter Hochdruck zum Burn-Out

Fast 60 Prozent der Beschäftigten arbeiten immer oder häufig unter **Zeitdruck** – Tendenz steigend. Viele Menschen halten diesem **Dauerstress** nicht mehr stand: Burnout, Depressionen sowie Herz-Kreislauferkrankungen sind die Folge. Die Unternehmen müssen endlich ihrer Verantwortung nachkommen und dafür sorgen, dass Mitarbeiter:innen am Arbeitsplatz gesund bleiben können, z.B. indem sie genügend Personal einstellen.

WAS WENIGER ARBEIT IN ANDEREN LÄNDERN BRINGT



Quelle: Eurofound (2023), Working time in 2021-2022 | Grafik: eigene Darstellung

Was einen nicht umbringt, kann trotzdem krank machen

3 von 4 Beschäftigten sind in ihrer Arbeit zumindest einer körperlichen Gesundheitsgefahr ausgesetzt. Das hat schwerwiegende Konsequenzen: z.B. schmerzhaft Schäden an Muskeln, Sehnen und Gelenken und im schlimmsten Fall sogar arbeitsbedingte Krebserkrankungen. Dabei wäre es nicht schwierig, das zu verhindern. Nur wer gesunde Arbeitsbedingungen vorfindet, kann auch volle Leistung bringen. **Gesundheit und Sicherheit** der arbeitenden Menschen müssen immer Vorrang haben.

Mitbestimmung und Demokratie in der Arbeitswelt

Unternehmen mit einem Betriebsrat haben größeren wirtschaftlichen Erfolg, eine **höhere Produktivität** und ein **besseres Arbeitsklima**. Sogar Manager:innen bestätigen, dass sich das Engagement von Betriebsrät:innen extrem positiv auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsklima auswirkt. Auch was das sensible Thema Datenschutz betrifft, haben Unternehmen mit Betriebsrat die Nase vorn.

Lebensqualität heißt auch einmal abschalten dürfen

Der Arbeitsdruck steigt. Die arbeitenden Menschen erledigen immer mehr Aufgaben. Während die Arbeitnehmer:innen jeden Tag ihr Bestes geben, steht es mit der Qualität des Arbeitsumfeldes leider nicht zum Besten: Hier liegt Österreich nicht einmal im Mittelfeld der Industrienationen.

9 von 10 Beschäftigten sind schon einmal krank in die Arbeit gegangen. Lebenszeit ist ein hohes Gut, und die Arbeitnehmer:innen brauchen längere Erholungsphasen. Die AK fordert daher ein modernes Arbeitszeitrecht mit einer neuen, gesunden Vollzeit und planbaren Arbeitszeiten.

Halt der Gewalt am Arbeitsplatz

Mobbing, Belästigung oder gar Gewalt am Arbeitsplatz – das ist nicht nur unzumutbar, sondern macht auch krank. Das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) macht Vorgaben, wie das verhindert werden kann. Es muss in Österreich anerkanntes Recht werden.

DIE AK FORDERT:

- > **Neue, gesunde Vollzeit** bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- > **Verbot von All-in Verträgen**, die das Arbeitszeitgesetz unterlaufen
- > **Mehr Mitbestimmung** durch Betriebsräte in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt
- > **Arbeits- und Organisationspsycholog:innen** als gleichberechtigte Präventivfachkräfte etablieren
- > **Weiterentwicklung der Berufskrankheitenliste** (z.B. psychische Erkrankungen)
- > **ILO-Übereinkommen gegen Gewalt am Arbeitsplatz** muss österreichisches Recht werden
- > Die Arbeitsinspektion als „Polizei der Arbeitswelt“ braucht **50 Arbeitsinspektor:innen mehr**, um international vorgesehene Mindestvorgaben wieder zu erreichen
- > **Wissenschaftliche Grenzwerte für gesundheitsschädigende Belastungen** (Arbeitsstoffe, Lasten)
- > **Schutz vor Hitze am Arbeitsplatz ab 25 Grad**. In letzter Konsequenz muss es bezahlt hitzefrei geben.

ARBEITSDRUCK WIRD GRÖßER

Wie haben sich Arbeitsdruck/Arbeitsmenge in den vergangenen 12 Monaten verändert?



65%
**SCHLIMMER
GEWORDEN**



28%
**GLEICH
GEBLIEBEN**



7%
VERBESSERT

Quelle: AK Strukturwandelbarometer (2023) | Grafik: eigene Darstellung

Wirtschaft gestalten, Beschäftigungschancen verbessern

Die starke Teuerung der letzten Jahre macht es vielen Menschen schwer, ihre täglichen Ausgaben zu bestreiten. Die letzte Bundesregierung hat es verabsäumt, die **Weichen für mehr Wohlstand** zu stellen und in den zentralen Bereichen Wohnen und Energie den **Preisanstieg wirksam einzubremsen**. Die neue Regierung muss hier handeln – und den Wohlstand auch gerechter verteilen.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hängt zentral an der Arbeit. Der **Abbau der Arbeitslosigkeit** kommt zum Stillstand und das Arbeitskräftepotential wird zu wenig genutzt – für beide Gruppen muss mehr getan werden, damit sie bessere Chancen haben, gute Arbeit zu finden. Dabei bietet der ungedeckte Arbeitskräftebedarf die Chance für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Löhnen. Es müssen **Fachkräfte** ausgebildet werden, insbesondere jene für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Ein **Klima-Zukunftspaket** muss dabei für die notwendigen Investitionen sorgen.

Inflation bekämpfen

Auch wenn die Teuerungsraten leicht sinken – das Preisniveau bleibt hoch und steigt immer noch. Wirksame Maßnahmen wie eine **Mietpreisbremse mit Biss, eine gerechtere Verteilung der Energienetzkosten** und die bessere Überwachung des Wettbewerbs können hier Abhilfe schaffen. Von Energiearmut Betroffene müssen gezielt unterstützt werden. Darüber hinaus braucht es eine Wärmewende mit einem Wärme- und Kältewirtschaftsgesetz. Außerdem fordert die AK, das Preisgesetz sowie auch das Wettbewerbsgesetz zu verschärfen und eine Preistransparenzdatenbank entlang der Wertschöpfungskette sowie eine Anti-Teuerungskommission einzurichten.

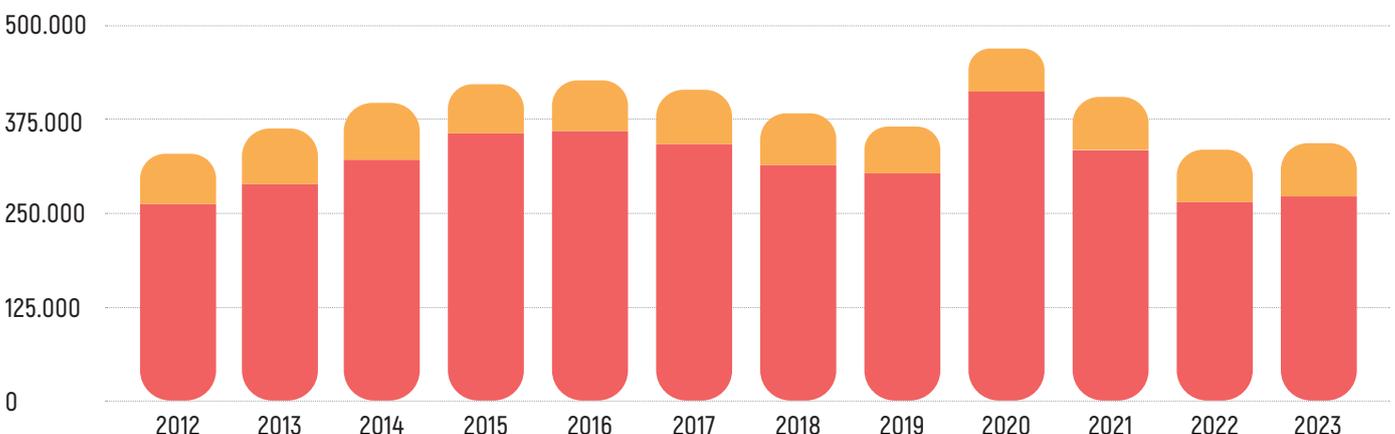
Fachkräfte für die Zukunft

Qualifikation ist der Schlüssel, damit der aktuelle und künftige Bedarf an Fachkräften gedeckt werden kann. Dafür braucht u.a. das AMS ausreichend Geld und Personal.

Ein **Rechtsanspruch auf Qualifizierung** verbunden mit einem **Qualifizierungsgeld** für Beschäftigte und Arbeitssuchende garantiert allen die Chancen, die sie brauchen. Mit der „Chance 45“ können ältere Arbeitssuchende einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen.

ENTWICKLUNG ARBEITSLOSIGKEIT

Anzahl der ● Arbeitssuchenden und in ● Schulung befindlichen Arbeitslosen



Quelle: Arbeitsmarktservice 2023, Registerarbeitslose | Grafik: eigene Darstellung

Vorrang für nachhaltige Entwicklung von Wohlstand

Die Wirtschaftspolitik in Österreich war geprägt von einem einseitigen Blick auf das Wirtschaftswachstum und unkoordinierten Einzelinitiativen mit wenig Strategie. Die künftige Regierung soll den **wirtschaftspolitischen Steuerungsprozess** grundlegend neu strukturieren und in einer Entwicklungsstrategie wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele adressieren. Ein Expert:innenrat soll Fortschritte überprüfen und Empfehlungen als Grundlage für eine breite Debatte mit Regierungs-Stellungnahmepflicht formulieren.

Recht auf eine 2. Chance

Viele Menschen müssen oder wollen beruflich neu starten. Um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern brauchen sie die passende Ausbildung, aber die öffentlichen Angebote reichen nicht aus.

Wir brauchen ein Recht auf Weiterbildung in Form des **Qualifizierungsgeldes**: Beschäftigte, Selbstständige und Arbeitslose können eine selbstgewählte Ausbildung von maximal 36 Monaten absolvieren. In dieser Zeit werden sie ausreichend finanziell unterstützt. Voraussetzungen sind 5 Jahre Beschäftigung und eine spezielle Bildungsberatung.

Klima-Zukunftspaket: Es gibt nur Gewinner:innen

Es braucht schneller Investitionen in Klimaschutz in Form von nachhaltigen Transport- und Energienetzen oder Gebäuden sowie öffentlichen Serviceleistungen. Städte und Gemeinden haben hier eine besondere Verantwortung – sie sind finanziell besser auszustatten. Sozialer Wohnbau, öffentlicher Nahverkehr und Pflege sind nicht nur wichtig für unsere Gesellschaft – sie bringen auch mehr Beschäftigung. Das stärkt den Wirtschaftskreislauf. Dringend notwendig ist auch ein klimafreundliches Vergaberecht. Davon profitieren alle. Die Neuauflage des EU-weiten Investitionsprogramms gegen Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise muss ebenfalls Priorität haben.

Arbeitsplatzsuche: Recht auf Unterstützung

Arbeitslosigkeit kann alle treffen. Professionelle **Unterstützung** durch das **AMS** hilft den Menschen rasch neue Arbeitsplätze zu finden. Das spart Geld und wirkt besser als Kürzungen von Leistungen und Sanktionen.

Um den Anstieg der Arbeitslosigkeit abzufangen und gute Beratung und Vermittlung zu sichern, muss das AMS zusätzliche Mitarbeiter:innen bekommen.

Das AMS wird leider von zu vielen Unternehmen zum „Zwischenparken“ ihrer Beschäftigten missbraucht. Die Allgemeinheit kostet das 550 Millionen Euro im Jahr. Unternehmen sollen diesen finanziellen Schaden künftig ersetzen.

Arbeit gibt Menschen Würde

Menschen über 45 sind viel zu oft länger als zwei Jahre auf Arbeitssuche. Für die Betroffenen ist das mehr als bitter. Sie haben ein Recht auf **sinnvolle Arbeit und anständige Bezahlung**. Die AK fordert daher eine „Chance 45“ für mehr soziale, kulturelle oder ökologische Serviceleistungen. Die bringt für bis zu 45.000 langzeitarbeitslose Menschen neue Perspektiven und ein besseres Leben in den beteiligten Gemeinden. Die Kosten dafür sind jeden Cent wert.

Budgetpolitisches Umdenken

Die Politik der steigenden Defizite muss umgedreht werden. Wer mehr beitragen kann, muss auch mehr in die Verantwortung genommen werden. Wirtschaftspolitische Ziele sollen stärker durch rechtliche Vorgaben als durch teure Subventionen erreicht werden. Zudem muss die Budgetpolitik insgesamt mehr an **gesellschaftspolitischen Zielen** ausgerichtet und folglich Investitionen und Soziale Dienstleistungen priorisiert werden.

DIE AK FORDERT:

- > **Mietpreisbremse, gerechte Verteilung der Netzkosten**, sowie eine Antiteuerungskommission, um den Österreich-Teuerungsaufschlag zu bekämpfen
- > **Recht auf Weiterbildung** – mit dem neuen „Qualifizierungsgeld“, einer „**Chance 45**“ für ältere Arbeitslose und ausreichend Geld und Personal für das Arbeitsmarktservice
- > **Zukunftspaket** – Investitionen in Klimaschutz und mehr öffentliche Serviceleistungen, finanziert durch vermögensbezogene Steuern
- > Eine umfassende **Fachkräftestrategie**, die das Potenzial der in Österreich lebenden Menschen sinnvoll und strategisch nutzt

Standort: Qualität statt Sozialabbau

Die heimische Industrie wird nur Erfolg haben, wenn sie auf **Qualität und Verlässlichkeit** setzt. Zuverlässige Infrastruktur, gute Fachkräfte, die stabile Verfügbarkeit von Energie sowie hohe Umwelt- und Sozialstandards bringen uns weiter – nicht die Kürzung der Lohnnebenkosten, die die Stückkosten kaum senken.

Digitalisierung

Digitalisierung ist nicht neutral. Bestehende Machtverhältnisse und Interessen beeinflussen, **unter welchen Bedingungen** Technologien entwickelt und eingesetzt werden. Digitalisierung ist dann gelungen, wenn sie für Arbeitnehmer:innen mehr Autonomie, sichere Einkommen, Zugang zu Wissen und gesündere Arbeitsbedingungen bringt. Um das zu erreichen, gilt es Technik entsprechend aktiv gemeinsam mit den Arbeitnehmer:innen und Betriebsrät:innen zu gestalten.

Jetzt sozial und ökologisch umbauen

Extreme Hitze am Bau oder im Spital, Überschwemmungen und Stürme, Dürren und Waldbrände: Die Klimakrise ist bei uns angekommen. Österreich ist aufgrund seiner geografischen Lage besonders von ihren Folgen betroffen, daher müssen wir jetzt schnell und umfassend handeln. Das darf nicht auf dem Rücken der arbeitenden Menschen passieren. Die Menschen sind zurecht nicht überzeugt von der Politik des erhobenen Zeigefingers. Wir brauchen einen **sozialen und ökologischen Umbau** der gesamten Wirtschaft, der unsere Lebensgrundlagen schützt und dabei das Leben der Arbeitenden verbessert.

Von der Sanierung unserer Gebäude über die Dekarbonisierung der Industrie und Landwirtschaft, vom Ausbau des öffentlichen Verkehrs, über die Umrüstung auf erneuerbare Energien: Die Klimaziele zu erreichen ist Arbeit, daher müssen die Anliegen der Arbeiter:innen und Angestellten im Zentrum stehen. Wenn aufgrund der Dekarbonisierung Arbeit wegfällt, dürfen die Menschen nicht zurückgelassen werden, sondern etwa ein Recht auf Weiterbildung haben. Es braucht eine **gute öffentliche Grundversorgung**, soziale Absicherung im Umbau, gerechte Finanzierung, endlich Gleichstellung, echte Demokratie bis in die Betriebe, eine neue gesunde Vollzeit, ein klimafittes Arbeitsrecht und einen wirksamen Schutz vor den Folgen der Erderhitzung.

Recht auf gute und nachhaltige Mobilität für alle

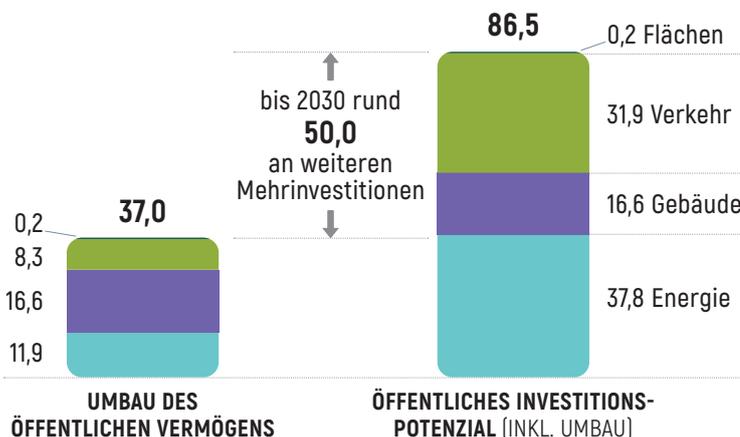
Mobil zu sein ist ein Grundbedürfnis. Die AK fordert eine umweltfreundliche **Mobilitätsgarantie** für alle. Diese erfordert den Ausbau der Öffis, besonders im ländlichen Raum. Dafür sind die Umstellung auf CO2-neutrale Regionalbusse, der **Ausbau** und die langfristige Finanzierung des **Bahnverkehrs**, eine flächendeckende Infrastruktur für Fahrräder, E-Bikes und Car-Sharing sowie der Ausbau des „micro-öffentlichen“ Verkehrs wie z.B. Sammeltaxis, Gemeindebusse usw. notwendig.

Unsere Bahnen schützen und stärken

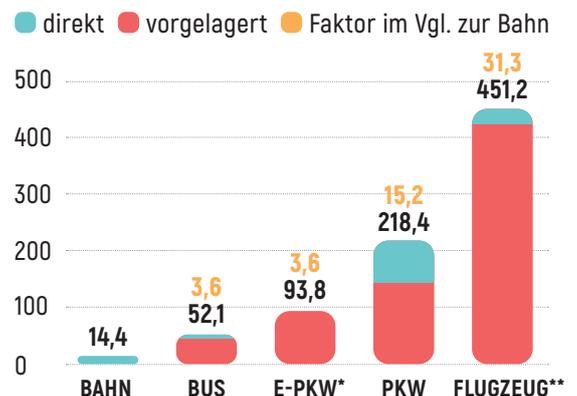
Der Verkehr der Zukunft darf sich nicht mehr nur um Autos, Schnellstraßen und Parkplätze drehen – das können wir uns nicht mehr leisten. Am massiven Ausbau des Schienennetzes und spürbar mehr Fahrplanangebot führt kein Weg vorbei. Die **Bahn als Rückgrat der Verkehrswende** muss in öffentlicher Hand bleiben und negative Liberalisierungen zurückgenommen werden. Öffentliche Investitionen ermöglichen die geplante Verdopplung der Transportkapazitäten der ÖBB bis 2040. Die Güter für die Mobilitätswende müssen wir vermehrt selbst produzieren und die Arbeitsbedingungen in der gesamten Verkehrsbranche verbessern.

KLIMARELEVANTE ÖFFENTLICHE MEHRINVESTITIONEN

Gesamtüberblick in Mrd. Euro bis 2030



HOHE EMISSIONEN BEI PKW UND FLUGVERKEHR



Quelle: VCÖ, Umweltbundesamt 2018 | Grafik: eigene Darstellung

*Strommix Österreich, **Durchschnittliche nationale und internationale Flüge

Quelle: AK Österreich, TU Wien in Kooperation mit dem Umweltbundesamt | Grafik: eigene Darstellung

Die Energie der Zukunft und die Zukunft der Energie

Energie ist keine Ware wie jede andere. Ohne Energie gibt es keine Wärme, kein Licht, aber auch keinen Zugang zu Computer oder Smartphone. Es ist heutzutage nicht mehr möglich, den Alltag oder das Berufsleben ohne Strom zu bewältigen.

Für die AK steht fest, dass Energie für alle leistbar bleiben muss. Die AK fordert daher den **Ausbau erneuerbarer Energien** und die gerechte Verteilung der Förderkosten, Förderungen für thermische Sanierung und saubere Heiz- und Kühlsysteme sowie den sparsamen Einsatz von Energie durch ein wirksames **Energieeffizienzgesetz**, das auch streng kontrolliert wird. Bei all diesen Maßnahmen müssen klare Zielsetzungen und Maßzahlen definiert werden, die erreicht und kontrolliert werden sollen, um gegebenenfalls nachzuschärfen.

Menschen, die von **Energiearmut** betroffen sind, müssen unterstützt werden, und Konsument:innen brauchen mehr Rechte im Bereich der Wärmeversorgung. Aber die Industrie darf es sich nicht richten können, sie muss ihren Beitrag zum Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien leisten. Wer zum Klimaschutz beiträgt, soll belohnt werden, z.B. mit Klimarabatten für den öffentlichen Verkehr.

Global Verantwortung übernehmen

Österreich soll sich dafür einsetzen, dass die EU und ihre Partner einander beim **Ausstieg aus fossilen Energien** und klimaschädlicher Produktion unterstützen. Sonderklagerechte, mit denen Konzerne Schutzstandards untergraben können, müssen dafür abgeschafft werden. Österreich soll seine Verantwortung wahrnehmen und für die koordinierte Beendigung von Abkommen alten Stils, etwa den Energiecharta-Vertrag, und gegen den Abschluss neuer, wie das EU-Mercosur-Abkommen, eintreten.

Ein klimafittes Arbeitsrecht

Hitze und Unwetter haben massive Auswirkungen auf die Beschäftigten. Die AK fordert daher ein klimafittes Arbeitsrecht, das die Menschen nicht nur am Arbeitsplatz z.B. vor extremen Temperaturen schützt, sondern klare Rechte für Beschäftigte bei Katastrophenwetter und Black-Outs definiert.

Investitionen statt Strafzahlungen

Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen in eine Zukunft, die es sonst nicht geben wird. Insbesondere in Städten und Gemeinden ist das Potenzial sehr groß. Abgesehen von den milliarden schweren Strafzahlungen, die fällig werden, wenn wir die Klimaziele verfehlen: Wer jetzt auf der Bremse steht, gefährdet den Planeten und das Leben unserer Kinder und Enkelkinder.

Ein erster Schritt in Richtung **Kostenwahrheit** ist die Erhöhung der österreichischen Flugabgabe.

Die LKW-Maut auf Autobahnen soll auf alle Straßen ausgedehnt werden.

Förderung der Elektromobilität: Bahn, E-Bus und Bim sind wichtig für den Klimaschutz. Hohe Förderungen für Elektroautos sind dagegen ineffizient und kommen vor allem Reichen zugute.

Spielraum für Gemeinden: Die AK fordert, dass die bestehende Verkehrsanschlussabgabe zukünftig verpflichtend eingehoben wird. Die Einnahmen daraus sollen – wie im Gesetz vorgesehen – für den öffentlichen Verkehr verwendet werden.

Direktvergabe bei der Bahn: Die öffentliche Hand muss die Spielräume nutzen, um eine qualitätsvolle Bahn sicherzustellen.

DIE AK FORDERT:

- > **Recht auf gute und nachhaltige Mobilität für alle**
- > **Kommunaler Klima-Investitionsfonds** (bis zu 2 Mrd. jährlich bis 2030), um das kommunale Vermögen klimagerecht um- und auszubauen
- > **Unsere Bahnen schützen und stärken**
- > **Echte Energiewende:** Umstieg auf erneuerbare Energien und effiziente Nutzung
- > **Pendler:innenabsatzbetrag mit Öko-Bonus:** Gerechte, klimafreundliche Pendlerförderung
- > **Klimafittes Arbeitsrecht**
- > **Sozial gerechtes und ökologisches Steuersystem**

Soziale(s) Steuern

Auch das Steuersystem kann einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die vielgeforderte – und seit Oktober 2022 in Kraft befindliche – CO₂-Steuer muss laufend evaluiert werden, um die soziale Treffsicherheit zu gewährleisten. Wenn Verbraucher:innen keine Möglichkeit zum Umstieg auf CO₂-sparende Alternativen haben, wirkt sie nur als Belastung ohne Lenkungseffekt. Die AK setzt sich daher für ein sozial **gerechtes und ökologisches Steuersystem** ein. Aus Studien ist bekannt, dass gerade die Menschen, die wenig verdienen, stärker unter der Klimakrise leiden – sie sollen dafür nicht noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Unser Steuersystem bestraft die Arbeitnehmer:innen

Unser Steuersystem ist ungerecht. Internationale Konzerne und sehr Reiche zahlen kaum Steuern, während die arbeitenden Menschen sehr viel beitragen. Uns wird eingeredet, dass das so sein muss, damit Superreiche in Österreich investieren – aber das ist schlicht gelogen. Der Wettbewerb um möglichst niedrige Konzernsteuern und **Steuersümpfe** nützt nur Großkonzernen und ihren Eigentümern.

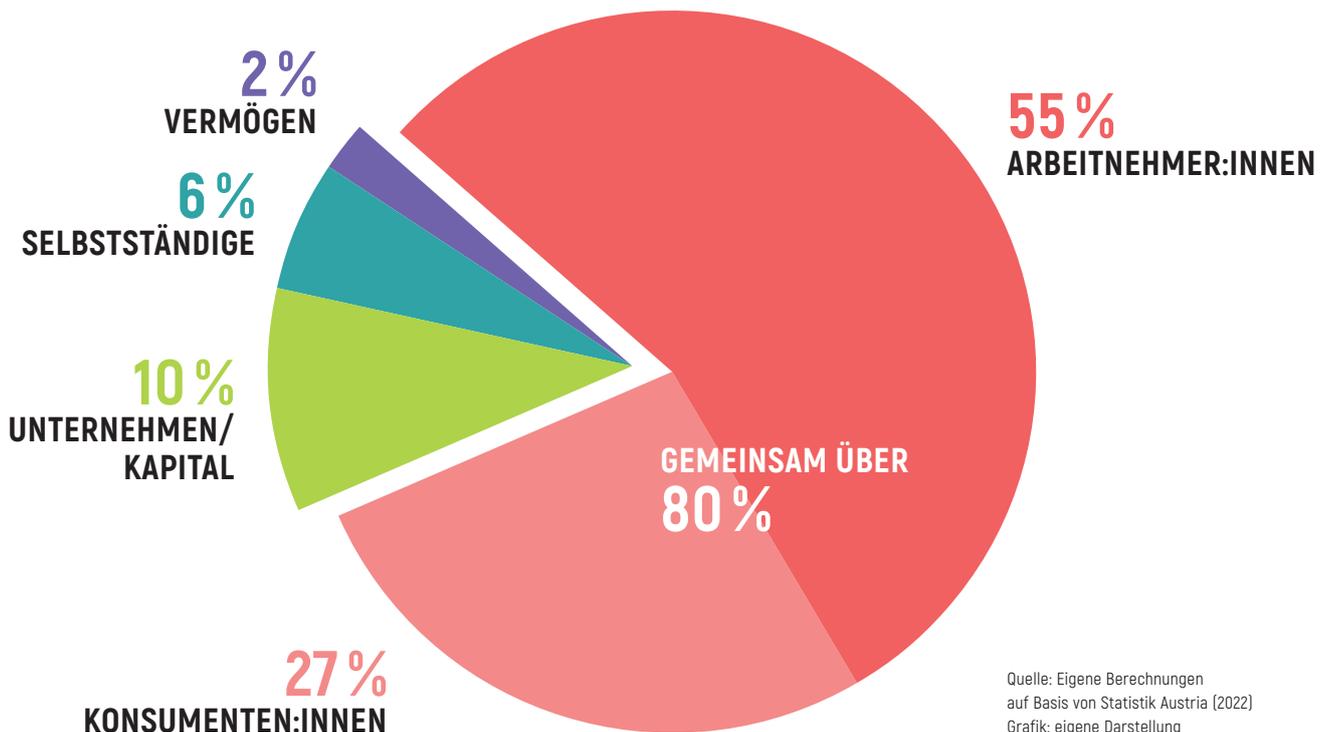
Mit der massiven Teuerung haben zudem insbesondere die Energiekonzerne Rekordgewinne gemacht, ohne davon einen fairen Anteil an die Gesellschaft zu leisten.

Die Dummen sind die ehrlichen kleinen Unternehmer:innen und die arbeitenden Menschen, die dreifach zur Kasse gebeten werden: Mal als jene, die den Großteil der Steuerbeiträge leisten; ein zweites Mal als Kund:innen, die mit den hohen Preisen die Gewinne der Unternehmen finanzieren; und ein drittes Mal, wenn wieder einmal Steuerausfälle auszugleichen sind, die durch unredliche Praktiken entstanden sind.

Während sich die Superreichen mit zahlreichen Tricks durchschummeln können, wird Arbeitnehmer:innen ihre Steuer jeden Monat automatisch abgezogen. In Sachen **Steuergerechtigkeit** ist noch zu wenig passiert.

WOHER KOMMEN DIE STEUERN UND ABGABEN?

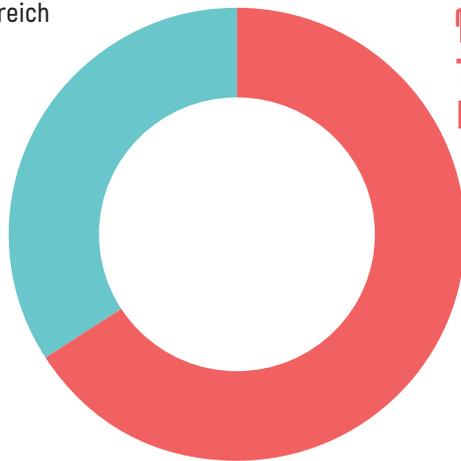
Anteile am Steuer- und Abgabenaufkommen in Österreich



VERMÖGEN UNGLEICH VERTEILT

Anteil von Bevölkerungsgruppen am Nettovermögen in Österreich


RESTLICHE 90%
HABEN 34%




TOP 10%
HABEN 66%

Quelle: So reich ist Österreich
Arbeiterkammer Wien
Grafik: eigene Darstellung

Fakten

Die Arbeitnehmer:innen und die Konsument:innen zahlen mehr als 80 Prozent der Steuern.

Die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen mehr als die restlichen 90 Prozent zusammen.

Die Steuertricks großer Konzerne kosten Österreich jährlich mehr als 1 Milliarde Euro.

Millionärssteuern: Eine Frage der Gerechtigkeit

In Österreich tragen die vermögensbezogenen Steuern nicht einmal zwei Prozent zum gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen inklusive Sozialversicherung bei.

In Deutschland ist es fast das Doppelte, in den entwickelten Industriestaaten (OECD) durchschnittlich sogar das Dreifache.

Wären Vermögenssteuern in Österreich wenigstens auf dem Niveau von Deutschland, müssten Arbeitnehmer:innen um 2,5 Milliarden Euro weniger Steuern zahlen.

Steuern – was ist zu tun?

Damit wir den Sozialstaat absichern können, müssen **Millionenvermögen**, große Erbschaften und Konzerne endlich einen gerechten Teil beitragen.

Noch immer gibt es Schlupflöcher für Konzerne und Steuerdumping, die geschlossen werden müssen. Fairer Wettbewerb braucht globale Mindeststandards und eine gut ausgestattete Finanzbehörde, die der Beraterlobby der Unternehmen, die alle ihren Gewinn maximieren wollen, die Stirn bietet.

Gewinner:innen der Krise durch Übergewinnsteuer beteiligen: Der bestehende Energiekrisenbeitrag ist effektiver zu gestalten, die Banken, die historische Rekordgewinne verzeichnen, sind miteinzubeziehen.

Das Steuersystem muss die richtigen **ökologischen Anreize** setzen. Anstatt Klimasünder, wie z.B. den Flugverkehr zu subventionieren, sollte nachhaltiges Verhalten gefördert werden (siehe Klimaschutz).

DIE AK FORDERT:

- > Einführung einer **Millionärssteuer** sowie einer **Erbschafts- und Schenkungssteuer** (mit hohen Freibeträgen)
- > **Schließen aller Schlupflöcher für Konzerne**
- > **Anpassung der Steuerfreibeträge** (z.B. Werbungskostenpauschale, Veranlagungsfreibetrag, Kilometergelder und Diäten: z.T. hat es seit den 80iger Jahren keine Anpassung mehr gegeben)
- > **Rücknahme der Senkung der Körperschaftssteuer**
- > **Effektive Übergewinnsteuer für Energiekonzerne und Banken**

Steuersystem muss solidarischer werden

Die kommende Bundesregierung muss eine sozial gerechte Steuerstrukturreform in Angriff nehmen. Es geht nicht darum, wieviel Steuern insgesamt bezahlt werden, sondern wer wieviel bezahlt. Darum fordert die AK, dass die **Steuerstruktur** reformiert wird. Große Vermögen müssen stärker besteuert werden als Arbeit. Eine solche Reform, wie sie uns auch die OECD und die EU-Kommission empfehlen, wäre gerecht, würde Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft ankurbeln.

Stopp der Zwei-Klassenmedizin

Das Gesundheitssystem ist an einem Kipppunkt. Wartezeiten und Leistungsbeschränkungen drängen alle, die es sich leisten können, in die Privatversicherung. Gleichzeitig soll die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) die demografischen Herausforderungen und den Umbau des Systems Richtung niedergelassenen Bereich zur Entlastung der Spitäler bewältigen.

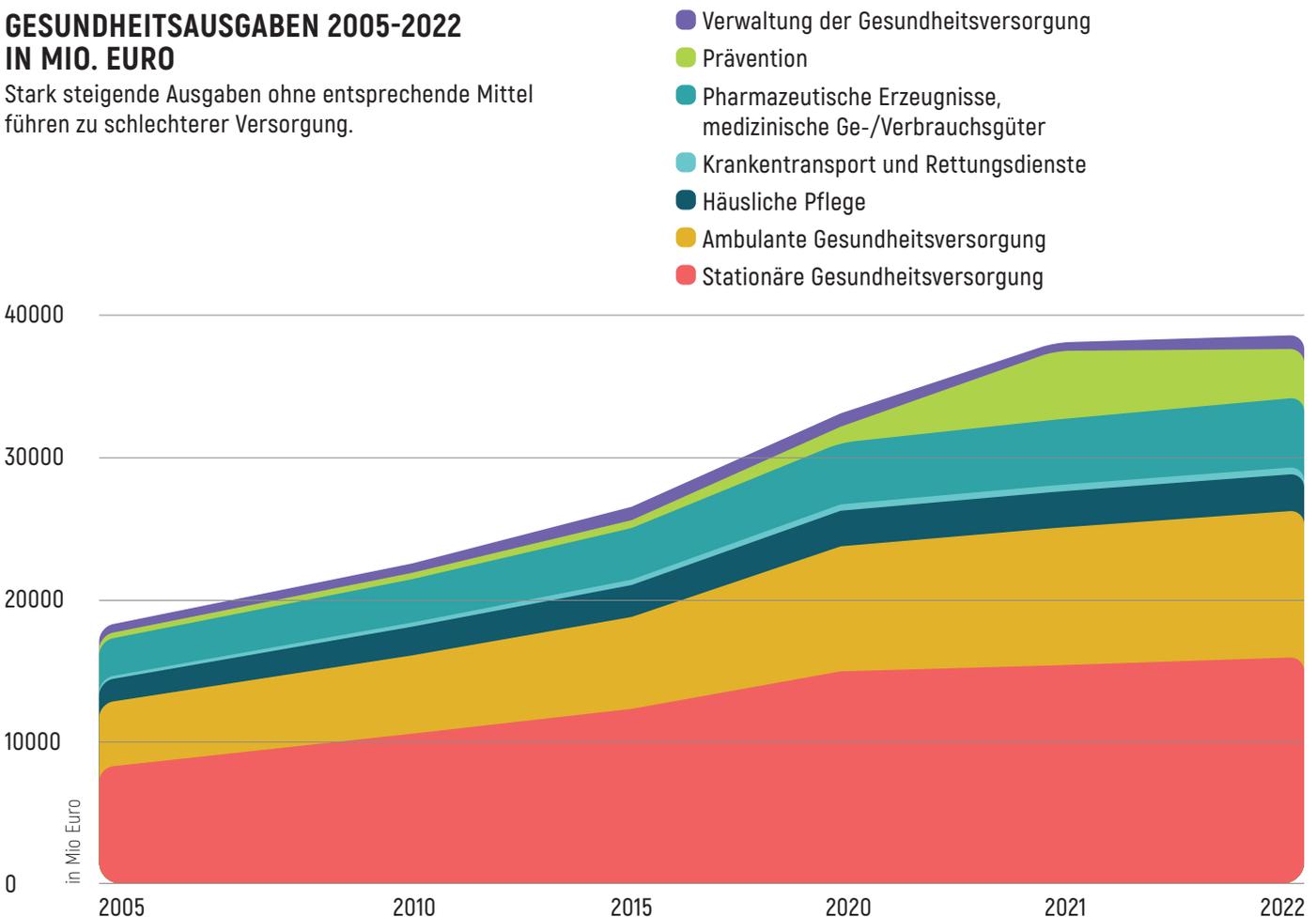
Die Bundesregierung hat die ÖGK mit ihren fast 8 Millionen Versicherten im Regen stehen lassen. Derzeit fehlen rund 2 Milliarden Euro in der Krankenversicherung, weil die Beiträge seit einem

Viertel-Jahrhundert nicht mehr erhöht wurden. Zudem hat der Bund seinen Beitrag für die Pensionist:innen in den letzten Jahrzehnten halbiert.

Unter dem **Aushungern der ÖGK** leidet das gesamte Gesundheitssystem. Diese Mittel fehlen vor allem für den **dringend notwendigen Ausbau** der niedergelassenen Versorgung. Österreich hat auch großen Nachholbedarf bei der Versorgung von chronischen Krankheiten und Prävention. Die Mittel für diesen Strukturwandel sind vorhanden, wenn die Bundesregierung ihre Verantwortung für die Krankenversicherung wieder wahrnimmt.

GESUNDHEITSAUSGABEN 2005-2022 IN MIO. EURO

Stark steigende Ausgaben ohne entsprechende Mittel führen zu schlechterer Versorgung.



Quelle: Statistik Austria | Grafik: eigene Darstellung

Demografie ernst nehmen

Etwa 49 Prozent aller stationären medizinischen Leistungen werden an ab 65-Jährige Patient:innen erbracht. Auch im niedergelassenen Bereich wird ein Großteil der **Versorgung von älteren Patient:innen** in Anspruch genommen. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung steigt von derzeit 20 Prozent bis 2050 auf rund 28 Prozent. Es ist zu erwarten, dass 2050 2,7 Mio über 65-Jährige und 1,1 Mio über 80-Jährige Menschen in Österreich leben werden. Wir müssen uns auf diese Herausforderung adäquat vorbereiten.

Privatisierung eindämmen

Österreich weist bei der Finanzierung des Gesundheitssystems extrem hohe private Zuzahlungen im Vergleich zur öffentlichen Finanzierung auf. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 51 Milliarden Euro werden rund 11 Milliarden (22 Prozent) privat finanziert. Die Einsparungen bei der ÖGK (7,5 Millionen Versicherte) führen zu **Wartezeiten und schlechteren Leistungen**. Wer es sich leisten kann, geht zum Wahlarzt und/oder zu einer privaten Krankenversicherung. Die Prämien der privaten Krankenversicherung liegen aktuell bei 2,5 Milliarden Euro, damit haben 38 Prozent der Bevölkerung eine Zusatzversicherung, rund die Hälfte davon für Wahlarztbehandlungen.

Prävention ausbauen

Österreich bietet Akut-Medizin auf höchstem Niveau, hat aber großen Aufholbedarf bei Prävention und gesunden Lebensjahren. Es ist eine langjährige Forderung der Arbeiterkammer, die Verantwortung für Prävention in allen Lebensbereichen durch ein **Präventionsgesetz** zuzuordnen und die Verantwortungsträger mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. Der bloße Appell an Bund, Länder und Sozialversicherung kann keinen relevanten Fortschritt bringen. Es braucht die Verpflichtung und das Geld.

Gesundheitsberufe auf Augenhöhe einbeziehen

Chronische Erkrankungen (Diabetes, Adipositas, Herzinsuffizienz etc.) brauchen für das **therapeutische Management** die integrierte Beteiligung der erforderlichen Gesundheits- und Sozialberufe, von der diätischen Beratung, über die Anleitung zu körperlicher Aktivität, kognitive Verhaltenstherapie, psychologische und sozialarbeiterische Unterstützung bis hin zu pharmakologischen und chirurgischen Therapien. Die flächendeckende Einbeziehung der Gesundheitsberufe für die Versorgung chronischer Krankheiten erfordert entsprechende Disease Management Programme zur Festlegung der Aufgaben der Gesundheitsberufe und die Abrechenbarkeit dieser festgelegten Leistungen gegenüber der Krankenversicherung, rund die Hälfte davon für Wahlarztbehandlungen.

Ausbau niedergelassener Bereich

Die Entlastung der Spitäler erfordert einen Strukturwandel hin zum niedergelassenen Bereich, der nur mit Bundesmitteln finanzierbar ist, aber langfristig zu einer Entlastung und mehr gesunden Lebensjahren führt. Dafür braucht es einen modernen bundesweiten **Gesamtvertrag für ärztliche Leistungen** und die Einbeziehung aller Gesundheitsberufe, Disease Management für chronische Krankheiten, Ausbau der Kinder- und Jugendversorgung, Schaffung eines Impfprogramms und den Ausbau von E-Health und Datennutzung.

DIE AK FORDERT:

- > **Bundesmittel für das Gesundheitssystem** als Brückenfinanzierung für den Ausbau der niedergelassenen Versorgung. Diese Steuermitteln sind Investitionen, die langfristig zu einer gesünderen Bevölkerung und damit zu niedrigeren Kosten führen.
- > **Kostendeckender Bundesbeitrag (2 Mrd. €) für die Krankenversicherung der Pensionist:innen**
- > **Die Einführung von Disease Managementprogrammen (DMP)** für chronische Krankheiten wie Adipositas, Herzinsuffizienz, u.ä.
- > **Flächendeckende Einbeziehung aller Gesundheitsberufe in die niedergelassene Versorgung.** Dafür sind mit den Krankenkassen Tarife zu verhandeln.
- > **Erarbeitung eines Präventionsgesetzes**, das die Verantwortungen und Budgets für Health in all Policies festlegt
- > **Gesamthafte Digitalisierungsstrategie für den Gesundheitsbereich**

Gute Arbeitsbedingungen sichern eine gute Pflegeversorgung

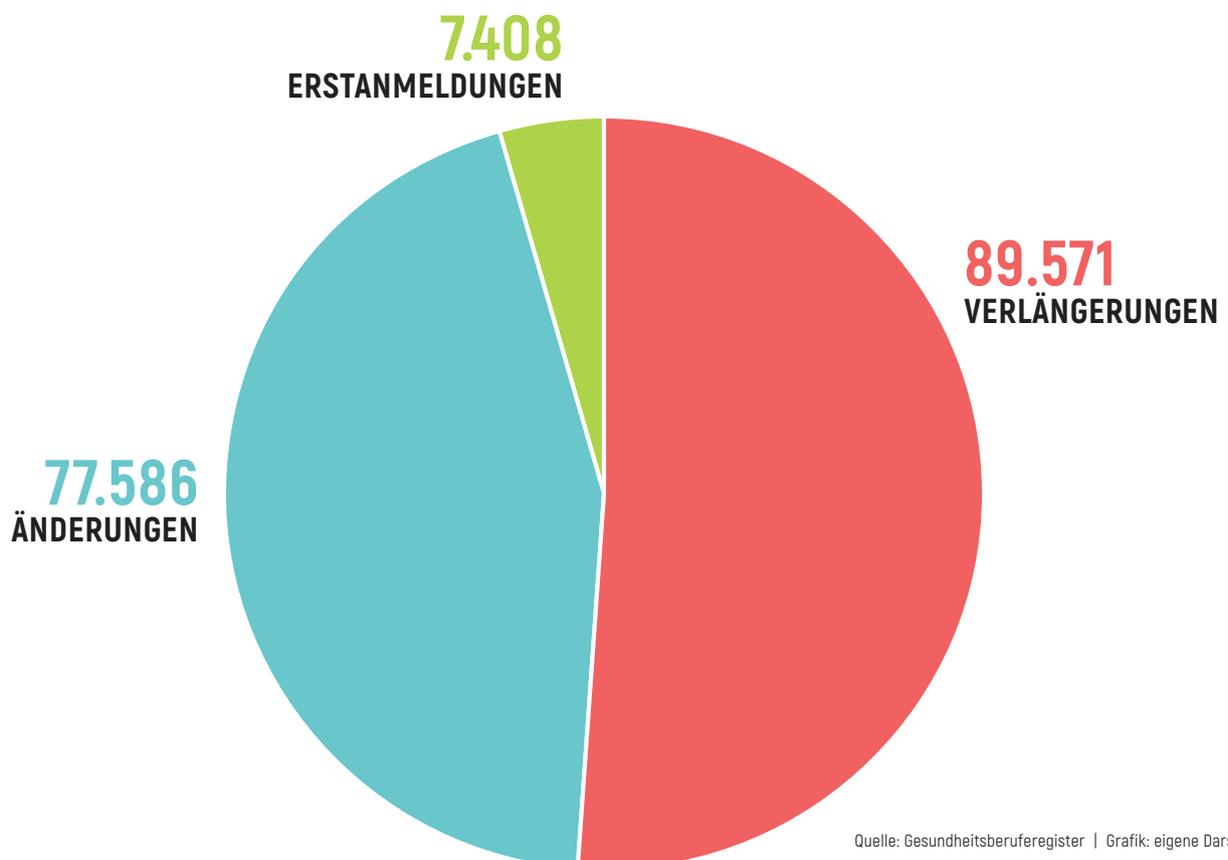
Der Bedarf an gut qualifiziertem Gesundheitspersonal und Fachkräften in der Sozialen Arbeit nimmt stetig zu. Die Bedeutung ihrer Arbeit ist weithin anerkannt. Es sind aber **bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen** notwendig, damit kranke und unterstützungsbedürftige Menschen die professionelle Hilfe erhalten, die sie brauchen.

Mit dem Pflegepaket wurden auf gemeinsamen Druck von Arbeiterkammer, Gewerkschaften und Berufsverbänden erste Schritte gesetzt. Es braucht aber mehr, um eine gute Versorgung in der Pflege und Sozialen Arbeit für die Bevölkerung sicherzustellen.

Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen

Im Zuge des Finanzausgleichs wurden die Regelungen über höheres Entgelt und den Pflegeausbildungsbonus im Pflegefondsgesetz verankert. Um Gesundheits- und Sozialberufe attraktiv zu gestalten, braucht es aber weitere Maßnahmen wie **gesunde Arbeitszeitmodelle**, mehr Dienstplansicherheit und längere Erholungsphasen. Die derzeitigen Fördermodelle während der Ausbildung sind nicht existenzsichernd und stehen nur für eingeschränkte Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich zur Verfügung. Wir müssen uns auf diese Herausforderung adäquat vorbereiten.

GESUNDHEITSBERUFEREGISTER 2023



Quelle: Gesundheitsberuferegister | Grafik: eigene Darstellung

Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige

Die Einführung des Angehörigenbonus für pflegende Angehörige ist bei Weitem nicht existenzsichernd. Es gibt auch keine ausreichende professionelle Unterstützung. Die Erhöhung der Förderung für Personenbetreuung deckt zumindest teilweise die inflationsbedingten Kosten für die Betreuung zu Hause ab. Die **Ausweitung der Hausbesuche durch diplomierte Pflegekräfte** sowie der Angehörigengespräche können aber nicht die fehlenden professionellen Angebote ersetzen, die für die Entlastung der pflegenden Angehörigen notwendig sind.

Gesundheitsberuferegister

Im Jahr 2023 wurden im Gesundheitsberuferegister österreichweit fast 90.000 Verlängerungen der Berufsbeurteilung, 78.000 Änderungsmeldungen sowie 7.400 Erstregistrierungen durchgeführt. Zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung sollen **weitere Gesundheits- und Sozialberufe**, insbesondere medizinische Assistenzberufe, Sanitäter:innen und Berufsangehörigen der Sozialen Arbeit in das Register aufgenommen werden. Darüber hinaus sind technische und bürokratische Erleichterungen notwendig.

Am wichtigsten: mehr Zeit für Pflege

Ein österreichweit einheitliches Personalbedarfsmodells für die Langzeitpflege und in den Krankenhäusern sollte längst Realität sein. Dabei dürfen nur jene Mitarbeiter:innen in die Personalschlüssel eingerechnet werden, die tatsächlich zur Versorgung der Menschen zur Verfügung stehen. Fehlzeiten durch Urlaub, Karenz, Krankenstand oder Aus- und Weiterbildung dürfen nicht eingerechnet werden.

Bessere Ausbildung für Gesundheits- und Sozialberufe

Auf Drängen der Arbeiterkammer für mehr Kompetenzen der diplomierten Gesundheits- und Krankenpflege wurde endlich das Erstverordnungsrecht für Medizinprodukte sowie die Erstellung auch von Erst-Gutachten für die Einstufung von Pflegegeld eingeführt. Zur Entlastung von Krankenhäusern und für die bessere Versorgung im niedergelassenen Bereich braucht es jedoch **mehr Kompetenzen und bessere Ausbildungen** aller Gesundheitsberufe. Insbesondere Sanitäter:innen könnten die Spitäler mit einer besseren Ausbildung entlasten.

Berufsrecht für Sozialarbeiter:innen

Auf Initiative der Arbeiterkammer und des Berufsverbandes obds wurde Ende 2023 ein Bezeichnungsschutz-Gesetz für Soziale Arbeit im Parlament eingebracht, um die Bezeichnung „Sozialarbeiter:in“ oder „Sozialpädagog:in“ gesetzlich zu schützen. Was noch fehlt ist ein **bundesweites Berufsrecht**, um die Qualität der Sozialen Arbeit zu gewährleisten. Dieses muss die Definition und Kernaufgaben des Berufes, Ausbildungsregeln, Rechte und Pflichten, Rahmenbedingungen interprofessioneller Kooperation sowie Regelungen über Entscheidungskompetenzen und die Registrierung der Berufsangehörigen enthalten.

Kontrolle durch das Arbeitsinspektorat

Gute Arbeitsbedingungen ermöglichen es, länger gesund im Beruf zu bleiben. Was für den Bau gilt, nämlich ein eigenes Arbeitsinspektorat auf Grund der speziellen Herausforderungen, muss auch für den Gesundheits- und Sozialbereich gelten.

DIE AK FORDERT:

- > **Gesunde Arbeitszeitmodelle, mehr Dienstplansicherheit und längere Erholungsphasen für alle Gesundheits- und Sozialberufe**
- > **Maßnahmen zur Reduktion von belastenden Situationen**, insbesondere gegen Aggression und Gewalt
- > **Österreichweit für alle Gesundheits- und Sozialberufe existenzsichernde Ausbildungsförderungen**
- > **Ausbau des professionellen Pflegeangebots**, um pflegende Angehörige besser zu unterstützen und zu entlasten
- > **Bessere Ausbildungen und mehr Kompetenzen für alle Gesundheits- und Sozialberufe**, um eine gute Versorgung für die Bevölkerung sicherzustellen
- > **Ein umfassendes Berufsrecht für die Berufsangehörigen der Sozialen Arbeit**, damit die Qualität ihrer Leistungen sichergestellt wird und Rechtssicherheit herrscht
- > **Die längst überfällige Reform des Gesundheitsberuferegistergesetzes**, in dem andere Gesundheitsberufe wie z.B. Sanitäter:innen aufgenommen und bürokratische Erleichterungen umgesetzt werden.
- > **Ausreichende Personalausstattung** in der mobilen und stationären Langzeitpflege sowie in den Krankenhäusern. Es dürfen keine Nachtdienste allein gemacht werden.
- > **Einhaltung der Arbeitsbedingungen** durch Schaffung eines eigenen Arbeitsinspektorats für Gesundheits- und Sozialberufe (inkl. Ärzt:innen)

Sozialstaat ist die Basis für ein gutes Leben für alle

Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich haben Österreich stark und erfolgreich gemacht. Viele Länder sehen unseren Sozialstaat zu Recht als Vorbild.

In Österreich erhalten 9,1 Millionen Menschen Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau. Bildung ist weitgehend kostenfrei. Familien werden umfassend unterstützt. Die gesetzliche Pensionsversicherung („Pensionskonto“) bietet auch heute jungen Menschen künftig gute und sichere Pensionen.

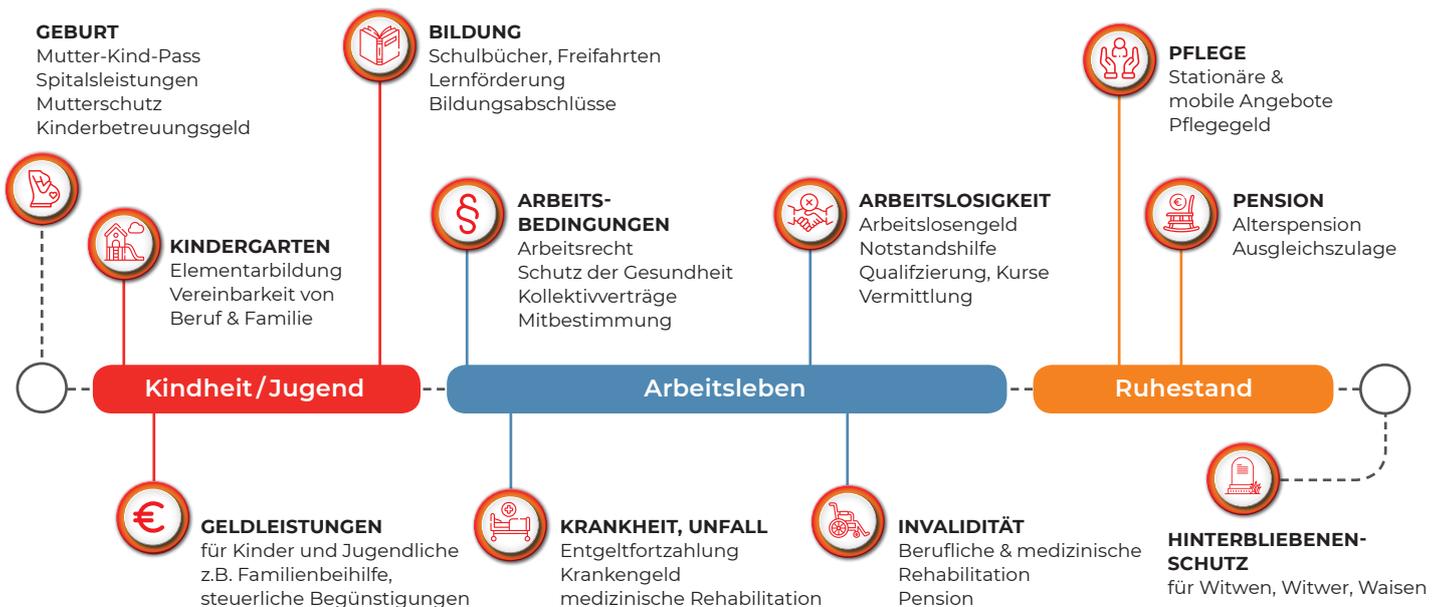
Dennoch muss die Bundesregierung handeln, damit die Menschen weiterhin die Sicherheit haben, in allen Lebenslagen die nötige Unterstützung zu bekommen. Dafür müssen auch alle faire Beiträge leisten!

Sozialstaat sichert den Weg in eine gute Zukunft:

Der Sozialstaat hat wesentlich dazu beigetragen, die Folgen der Coronakrise zu bewältigen. Damit er auch in Zukunft allen Menschen Sicherheit bieten kann, müssen die Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Bildung und in der sozialen Absicherung angepackt werden.

Gerade in Zeiten großer Veränderung wie sie durch Digitalisierung und Klimakrise vor uns stehen, muss der **Sozialstaat einen sicheren Boden** schaffen, auf dem alle den Weg des Übergangs gehen können.

(GEMEINSAM) MIT DEM SOZIALSTAAT DURCHS LEBEN



ÜBER DAS GANZE LEBEN

- Medizinische Versorgung • Unterstützung für Familien • Soziale Dienste
- Wohnen • Leistungen bei Behinderung • Armutsbekämpfung

Quelle: AK (2019) | Grafik: eigene Darstellung

Sicherheit in allen Lebenslagen

Ein Unfall, eine längere Krankheit, die Firma sperrt zu oder der langjährige Partner trennt sich und man ist plötzlich alleinerziehend – niemand weiß, was das Leben bringen wird. Der Sozialstaat muss für eine **gute Absicherung** sorgen und Armut verhindern – sei es für Familien, beim Arbeitslosengeld oder mit einer Mindestsicherung, die den Namen auch verdient. Mit einer Kindergrundsicherung muss Kinderarmut endlich ein Ende bereitet werden.

Die Leistungen eines Arbeitslebens respektieren

Das Pensionskonto bietet auch jungen Menschen gute und sichere Pensionen – eine Verlagerung auf den Kapitalmarkt würde massive Verschlechterungen und ein hohes Maß an Unsicherheit bringen. Die **gesetzliche Pension** muss allen ein würdiges Leben im Alter bieten. Negative Effekte durch die Teuerung müssen ausgeglichen werden.

Beste Gesundheitsversorgung für alle

Der Zugang zu Gesundheitsleistungen auf höchstem Niveau muss erhalten bleiben. Dafür müssen Arbeitnehmer:innen in der Selbstverwaltung ihrer Sozialversicherung wieder selbst entscheiden können.

Auch die finanzielle Schwächung der Krankenversicherung ist umgehend rückgängig zu machen.

Durch **faire Finanzierung und einheitliche Kassenverträge** muss es einheitliche Standards für alle Berufsgruppen geben. Besonders wichtig dabei sind die wohnortnahe Versorgung, ein wertschätzender Umgang mit den Patient:innen und gute Arbeitsbedingungen für jene, die diese Gesundheitsdienstleistungen erbringen.

Pflege menschlich und sozial

Der Schlüssel zu guter Pflege liegt in der besseren Verschränkung von Langzeitbetreuung und -pflege mit dem Gesundheitswesen. Man kann Menschen, die immer gebrechlicher werden, nicht in immer kürzerer Zeit pflegen, darum brauchen wir **mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen** in der Pflege.

Wer Angehörige pflegt, verliert nicht nur Einkommen, sondern auch Pensionsansprüche. Daher muss es einen niederschweligen Zugang zu Unterstützungs- und Informationsangeboten über soziale Absicherung für pflegende Angehörige geben.

Ohne die Kolleg:innen geht's nicht

Kolleg:innen mit anderen Staatsangehörigkeiten als der österreichischen stellen mittlerweile ein Fünftel aller Arbeitskräfte, **in vielen systemrelevanten Berufen** sind es noch mehr. Sie tragen damit maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei und halten das Land am Laufen.

Die Kolleg:innen verdienen es, mitreden zu dürfen. Sie brauchen einen leichteren Zugang zur Staatsbürgerschaft in dem Land, in dem sie ihre Leistung erbringen und ihre Steuern zahlen.

Lohn- und Sozialdumping sind keine Kavaliersdelikte

Unfairer Wettbewerb muss konsequent verhindert werden. Die besten Regeln helfen nichts, wenn sie nicht kontrolliert werden. Eine **Aufstockung der Finanzpolizei** ist unumgänglich, und die Beitragsprüfung soll bei der Sozialversicherung bleiben.

DIE AK FORDERT:

- > **Ausbau unseres guten Gesundheitssystems** z.B. bei Psychotherapie und Kindertherapien
- > **Die Arbeitnehmer:innen müssen in ihrer Sozialversicherung wieder selbst das Sagen haben**
- > Nachteile bei der **Pension** durch Teuerung beseitigen
- > **Sozialleistungen auf existenzsicherndes Niveau anheben** (Arbeitslosengeld, Mindestpensionen, Sozialhilfe)
- > **Kinderarmut beseitigen**
- > **Flächendeckender Ausbau der mobilen und stationären Langzeitpflege** und bessere Vernetzung mit dem Gesundheitswesen
- > Psychische und physische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren – **Prävention ausbauen**
- > **Starke Rechte für Menschen mit Behinderung verankern**

Menschen mit Behinderungen mitnehmen

Nicht jede:r kann alles – aber alle können etwas. Das gilt auch für Menschen mit einer Behinderung. Sie verdienen faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt und wirksamen Schutz vor Benachteiligung.

Frauen brauchen endlich echte Frauenpolitik

Frauen und Männer müssen ihr Leben frei gestalten können. Ein eigenes und existenzsicherndes Einkommen ermöglicht Frauen ein wirtschaftlich unabhängiges Leben.

Die Arbeiterkammer fordert daher u.a. Lohntransparenz, bessere Kinderbildungseinrichtungen und partnerschaftliche Teilung der Familienarbeit. Migrantinnen müssen besonders unterstützt werden, um am Arbeitsleben gleichwertig teilnehmen zu können.

Gute und leistbare Kinderbetreuung

Befragungen von Eltern zeigen, dass der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sowie die Verbesserung der Öffnungszeiten dringend notwendig sind. Auch die **Qualität der Betreuung** ist den Eltern ein wesentliches Anliegen. Viele empfinden zudem die Kosten als große Belastung. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Österreich zu wenig in den Bereich der frühkindlichen Bildung investiert. Würden die Ausgaben auf den EU-Schnitt angehoben werden (auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), könnten Quantität und Qualität des Angebots massiv verbessert werden. Die Mehrkosten wären 1,3 Milliarden Euro pro Jahr.

Keine Hürden beim Kinderbetreuungsgeld

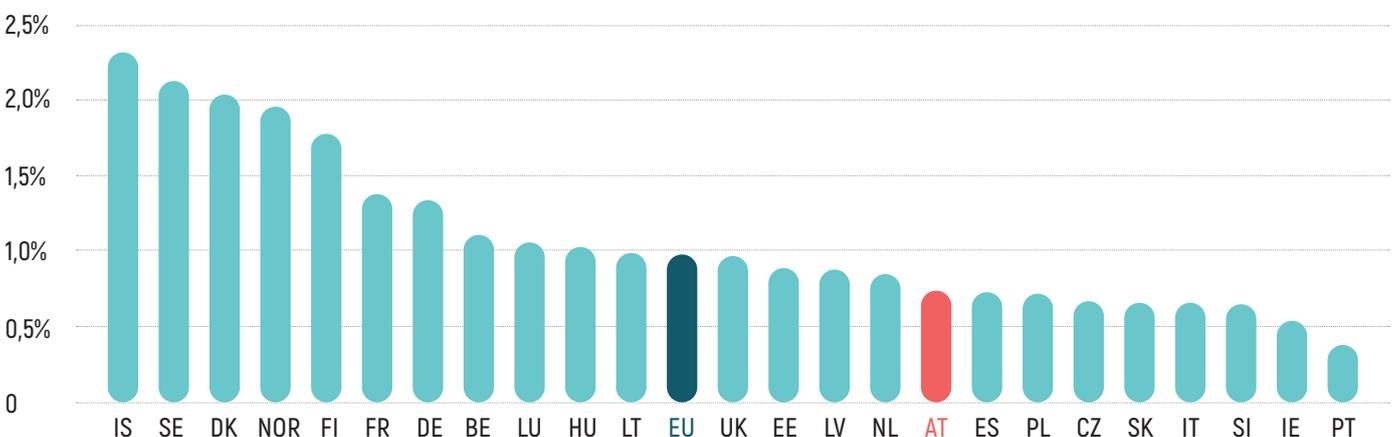
Beim Kinderbetreuungsgeld gibt es seit 2017 das flexible Konto-Modell. Das war ein guter Schritt, doch die konkreten Bestimmungen sind äußerst komplex und führen häufig dazu, dass Eltern die beantragte Leistung gestrichen oder gekürzt wird. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch die fehlende Abstimmung mit den arbeitsrechtlichen Regelungen zusätzlich erschwert. Auch was die partnerschaftliche Teilung betrifft, fehlen beim Kinderbetreuungsgeld wirksame Anreize. Die AK fordert eine verständliche und **praxisnahe Umgestaltung**.

Partnerschaftliche Teilung von Arbeitszeit

Studien zeigen, dass die „gesunde Vollzeit“ von 30 bis 32 Stunden pro Woche eine gute Bandbreite für eine partnerschaftliche Teilung der **Erwerbsarbeit** ist – und damit auch zu einer gerechteren Organisation der **Familienarbeit** beiträgt. Die aktuelle Arbeitszeitpraxis drängt hingegen viele Familien zu einer traditionellen Rollenaufteilung. Ein **Bonus-Modell** für Paare, die sich Familien- und Erwerbsarbeitszeit fair aufteilen, und eine Ausweitung der Elternteilzeit auf kleine Betriebe würde es Frauen und Männern leichter möglich machen, sich Beruf und Familie zu widmen.

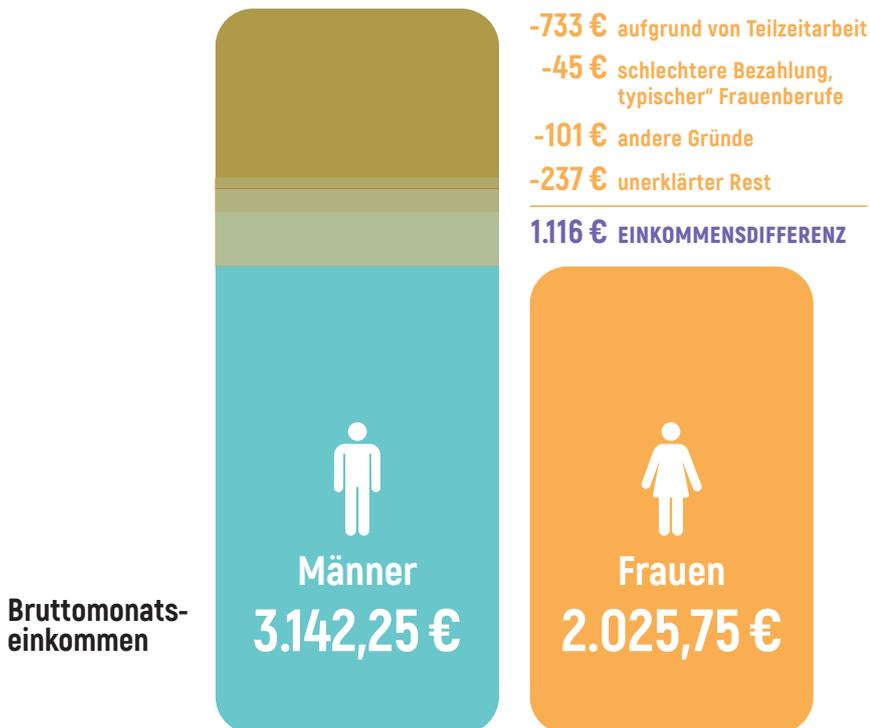
ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR KINDERBETREUUNG

in Prozent des Bruttoinlandsproduktes



Quelle: OECD (2023) | Grafik: eigene Darstellung

EINKOMMENSCHERE



Quelle: Statistik Austria (2023); Lohnsteuerstatistik/Verdienst- und Strukturhebung; eigene Berechnungen

DIE AK FORDERT:

- > **Erhöhung der Investitionen** in Kinderbildung um mindestens 1 Mrd. € mehr pro Jahr
- > **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz ab 1. Geburtstag**
- > **Ein kostenloses 2. Kindergartenjahr für alle**
- > **Lohntransparenz im Betrieb**
- > **Partnerschaftliche Teilung der bezahlten sowie der unbezahlten Arbeitszeit fördern**
- > **Stärkung der Migrantinnen** durch ein breites Maßnahmenpaket
- > **Eigenständiges Aufenthaltsrecht** für Frauen, die von Menschenhandel und/oder Gewalt betroffen sind
- > **Hürden beim Kinderbetreuungsgeld beseitigen**

Einkommensschere schließen

Die Einkommensberichte von Unternehmen sind ein wichtiger Schritt zu mehr Lohntransparenz. Sie dürfen aber nicht auf dieser Ebene steckenbleiben. Das **Schließen der Einkommensschere** muss weiterhin das Ziel bleiben. Die AK fordert daher die Offenlegung von Löhnen und Gehältern im Betrieb selbst und eine fortschrittliche Umsetzung der EU-Richtlinie zur Lohntransparenz.

Im AMS-Budget muss gewährleistet werden, dass ausreichend Mittel der Arbeitsmarktförderung zur Überwindung der Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt und zur Verbesserung ihrer Erwerbskarrieren zur Verfügung stehen.

Diskriminierung bekämpfen

In einer österreichweiten Erhebung gab fast die Hälfte aller befragten Personen zwischen 14 und 65 Jahren (43 Prozent) an, sich in den letzten drei Jahren in den Bereichen Arbeitswelt, Wohnen, Gesundheit oder Ausbildung diskriminiert gefühlt zu haben. Das sind mehr als 2,5 Millionen Menschen. Diskriminierung ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Strukturelle Ursachen der Diskriminierung müssen bekämpft werden. Die AK fordert ein **starkes Gleichbehandlungsrecht** („Levelling Up“, Verbandsklage). Genauso wichtig ist ein starker Sozialstaat mit einem guten Bildungs- und Gesundheitssystem sowie sozialem Wohnbau, der mithilft, dass die Mieten nicht explodieren und auch Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum haben.

Integrationshürden beseitigen

Migrantinnen benötigen oft gezielte Unterstützung, sowohl beim Erlernen der deutschen Sprache als auch durch **Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen**. Denn: Voll in die Gesellschaft und Berufswelt integrierte Migrantinnen können sich selbst erhalten und sind nicht auf Sozialtransfers angewiesen.

Frauen, die von Gewalt und/oder Menschenhandel bedroht sind, brauchen einen eigenständigen und unabhängigen Aufenthaltsstatus.

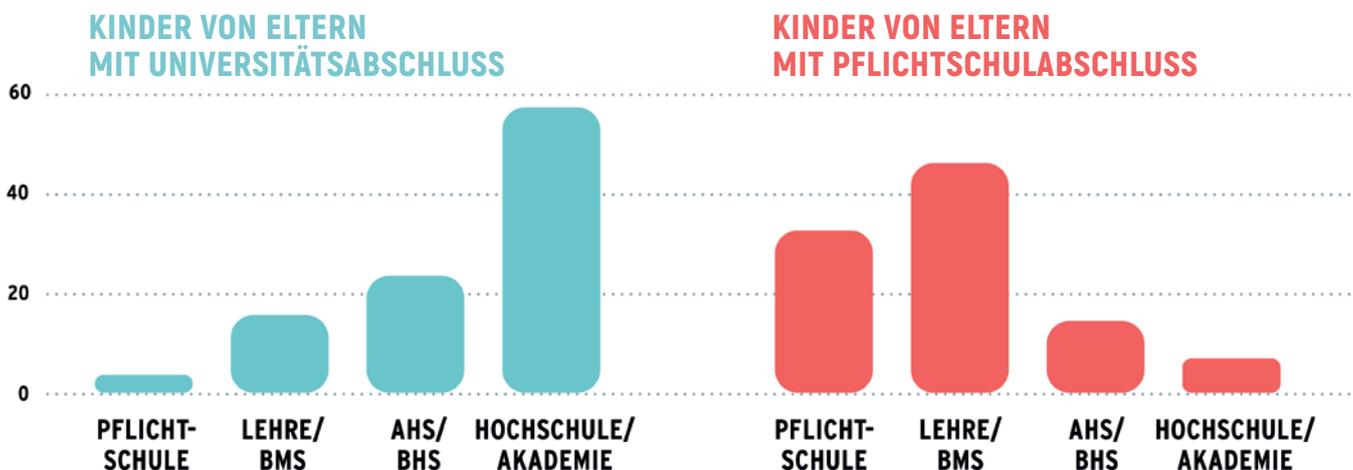
Bildung: Moderne Schulfinanzierung jetzt!

Die Arbeiterkammer fordert ein Bildungssystem, das die Bedürfnisse, Rechte und Interessen der Kinder und Jugendlichen ins Zentrum stellt und für sie die besten Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen baut – damit **jedes Kind Raum und Zeit zur Entfaltung** findet, gefördert wird und niemand zurückgelassen wird; damit sich die Arbeitnehmer:innen darauf verlassen können, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind, ihre Bildungsziele erreichen und auf die Zukunft des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Kritisches Denken und freie Meinungsäußerung sind Grundsteine unserer Demokratie. Ihre Förderung ist auch Aufgabe der Bildungseinrichtungen – vom Kindergarten bis zur Universität.

Eine moderne Schulfinanzierung muss gewährleisten, dass jedes Kind unabhängig vom Wohnort oder seinem Vornamen dieselben Möglichkeiten zur Verfügung hat. Der Bildungserfolg unserer Kinder darf nicht davon abhängen, ob die Eltern sich private, teure Nachhilfe leisten oder ihren Kindern beim Lernen helfen können. Es müssen jene Schulen zusätzliche Mittel erhalten, die besondere Herausforderungen haben und deren Schüler:innen mehr Unterstützung brauchen. Dafür hat die AK das **Chancen-Index-Modell** entwickelt. Bildung wird in Österreich noch immer sozial vererbt – diese Ungerechtigkeit muss durch mehr Förderangebote, qualitativ hochwertige Ganztagschulen, zusätzliche Pädagog:innen, ausreichend administratives Personal und multi-professionelle Teams, die bedarfsgerecht Beratung, Sozial- bzw. Elternarbeit anbieten, ausgeglichen werden.

STARKE BILDUNGSVERERBUNG IN ÖSTERREICH

Bildungsabschlüsse von 25-44-Jährigen nach Bildungshintergrund der Eltern (in Prozent)



Quelle: Statistik Austria (2019) | Grafik: eigene Darstellung

**MIT DEM AK-
CHANCEN-INDEX
FÖRDERN WIR
CHANCEN-
GERECHTIGKEIT
FÜR JEDES KIND!**



Öffentliche Bildung beginnt im Kindergarten

Der Kindergarten muss endlich auch als Bildungseinrichtung angesehen werden. Neben dem Ausbau von Kindergartenplätzen und der Erweiterung der **Öffnungszeiten** muss die pädagogische **Qualität in den Mittelpunkt** rücken. Dafür sind die Aufwertung, Entwicklungsperspektiven und bessere Bezahlung der Beschäftigten sowie mehr Zeit und bessere Ausstattung nötig, um auf jedes Kind individuell eingehen zu können.

Lehrlinge sind die Fachkräfte von morgen

Das **duale Ausbildungssystem** sichert die Fachkräfte von morgen. Statt einen angeblichen Fachkräftemangel zu beklagen, muss die Lehrstellenförderung an Qualitätskriterien gebunden werden. Die AK fordert außerdem eine zeitgemäße Reform der Lehrabschlussprüfung sowie Erleichterungen beim Nachholen eines Lehrabschlusses. Der Bildungsweg zur Matura muss gratis bleiben.

Lehre für die Zukunft

Der anstehende Umbau zur klimafreundlichen Wirtschaft zeigt einmal mehr, wie wichtig die Fachkräfte aus Lehrberufen sind. Ohne sie geht nichts! Damit die Lehre selbst zukunftstauglich ist muss es modern ausgestattete Berufsschulen, strenge **Qualitätskriterien für Lehrbetriebe** und die Schaffung von Kompetenzzentren als dritte Lernorte geben, wie es beispielsweise mit der Bauakademie gibt.

Sprachen sind der Schlüssel zur Welt

Der **AK-Sprachenschlüssel** ist ein wirksames, durchgängiges Modell zur Sprachförderung vom Kindergarten über die Pflichtschule hinaus. Die aktuelle Trennung von Kindern mit Förderbedarf in sogenannte „Deutschförderklassen“ ist weder wirksam noch pädagogisch sinnvoll. Das geht auf Kosten der einzelnen Kinder, und auch das gesamtgesellschaftliche Potenzial wird liegen gelassen. Stattdessen wären Investitionen in die Mehrsprachigkeit der Kinder notwendig.

Recht auf Weiterbildung

In einer Zeit, in der Wissen extrem schnell überholt ist, wird Aus- und Weiterbildung zum wichtigsten Rüstzeug für die Zukunft. Die AK fordert daher, dass alle Arbeitnehmer:innen die Möglichkeit bekommen, sich weiter zu qualifizieren. Betriebe, die selbst keine Weiterbildung anbieten, sollen ihre Mitarbeiter:innen dafür **eine Arbeitswoche lang freistellen**. Außerdem soll ein Weiterbildungsfonds eingerichtet werden, der von Unternehmen finanziert wird.

Erwachsenenbildung sichern

Seit 2012 gibt es gratis Lehrgänge zur Basisbildung und zum **Nachholen des Pflichtschulabschlusses**. Die „Initiative Erwachsenenbildung“ wurde zwar verlängert, die AK fordert aber einen unbefristeten und gesicherten Ausbau. Generell soll die staatliche Förderung der Erwachsenenbildung auf 1 Prozent des Unterrichtsbudgets angehoben werden.

DIE AK FORDERT:

- > **Zweites kostenloses Kindergartenjahr**, Erweiterung der Öffnungszeiten und Ausbau der Kindergartenplätze
- > **Ausbau der Ganztagschulen:** mehr Plätze, mehr Qualität
- > Schulfinanzierung und Schulentwicklung nach dem **AK-Chancen-Index**
- > **Deutsch wirksam fördern** mit dem AK-Sprachenschlüssel
- > **Reform der Schüler:innenbeihilfe**
- > **Förderung der Erwachsenenbildung** mit 1 Prozent des Unterrichtsbudgets
- > **Berufsorientierung als eigener Gegenstand** in allen Schulformen
- > **Reform der Matura**
- > Einrichtung von **Kompetenzzentren in der Lehre**
- > **Reform der Lehrabschlussprüfung** sowie Erleichterungen beim Nachholen eines Lehrabschlusses
- > **Ausbau von Fachhochschulen** und berufsbegleitenden Studienangeboten
- > **Ausbau kritischer Wirtschaftsbildung**

Studieren darf kein Privileg sein

Der zweite Bildungsweg kann steinig sein. Der **Ausbau von Fachhochschulen** und berufsbegleitenden Studienangeboten würde es deutlich leichter machen, ein Studium neben dem Job zu absolvieren. Die AK fordert außerdem weitere Verbesserungen der Inflationsanpassung der Studienbeihilfe und die Anhebung der Altersgrenzen, damit auch ältere Studierende Unterstützung bekommen können.

Wohnen muss für alle leistbar sein

Das Dach über dem Kopf wird für immer mehr Menschen zur **Existenzfrage**.

Schon die vergangenen Jahre haben massive Preissteigerungen im Wohnbereich gebracht. Durch die Teuerungskrise sind die **Mieten** aufgrund der Inflationsanpassung **geradezu explodiert**. Viele Familien, die keine Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen haben, müssen schon 40 Prozent des Gehalts für Wohnen aufwenden. Dazu kommt, dass befristete Mietverträge mittlerweile nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind: Zwei von drei neuen privaten Mietverträgen sind befristet.

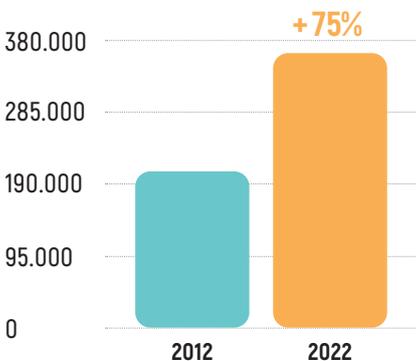
Das geltende Mietrecht ist intransparent, schwammig formuliert und kaum zu durchschauen. Selbst Richter:innen tun sich schwer, den Paragraphen-Dschungel zu durchblicken.

Viele Vermieter:innen ignorieren das Gesetz und verlangen, was der Markt hergibt. Dazu kommt, dass das Mietrechtsgesetz in vollem Ausmaß nur für Häuser gilt, die vor 1945 erbaut wurden.

Jetzt wurden mit den Indexanpassungen der Richtwertmieten die Wohnkosten in ungeahnte Höhe getrieben. Im Juli 2023 gab es die vierte Erhöhung in 15 Monaten von in Summe fast 25 Prozent. Damit werden eine Million Menschen mit über 180 Millionen Euro belastet. Die neue Regierung muss sofort eine **echte Mietpreisbremse** für alle Mietwohnungen auf den Weg bringen.

Wohnen müssen alle, daher setzt sich die AK für leistbaren Wohnraum ein.

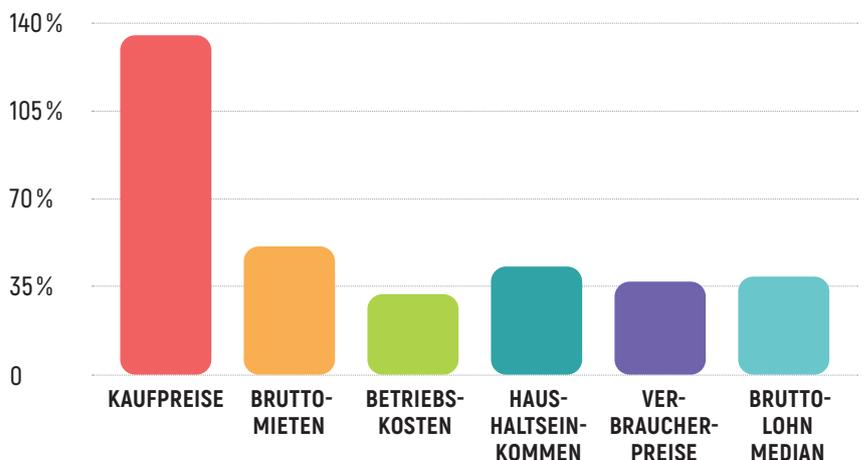
BEFRISTETE, PRIVATE MIETVERTRÄGE IN ÖSTERREICH



Quelle: Statistik Austria (2023), Mikrozensus
Grafik: eigene Darstellung

STEIGERUNG DER WOHNKOSTEN

Private Neuvertragsmieten und Wohnungspreise – Österreich 2008 bis 2022



Quelle: Österreichische Nationalbank, Mikrozensus – Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, AK Berechnungen

Wir brauchen mehr geförderten Wohnbau

Vielerorts gibt es entweder nicht genügend oder zu teure Wohnungen. Verantwortlich dafür sind Spekulationen mit Wohnraum und starker Zuzug vor allem in die größeren Städte. Das **Angebot an neuen, leistbaren Wohnungen** muss daher erhöht werden. Das funktioniert nur über mehr geförderten Wohnbau.

Gegen Mietwucher und für Begrenzungen bei Mieten!

Begrenzungen bei Mieten im Altbau funktionieren in der Praxis selten. Viel zu oft müssen Mieter:innen um eine korrekte und vor allem niedrigere Miete streiten. Das ist oft langwierig und mit erheblichen Unsicherheiten und Kosten verbunden. Die AK spricht sich klar gegen Mietwucher aus und fordert erstens **Mietenbegrenzungen**, die auch in der Praxis funktionieren. Zweitens muss die Anwendung der Richtwertmieten ausgeweitet werden (der Betrag, der maximal pro Quadratmeter/Monat verlangt werden darf). Wenn Vermieter:innen diesen Höchstbetrag als „Mindestempfehlung“ falsch verstehen, müssen die Strafen dafür deutlich spürbar werden, z.B. als doppelte Rückzahlung.

Maßnahmen gegen Grundstücksspekulationen

In Ballungszentren und Städten, aber auch in manchen Alpentälern ist Platz eine Mangelware. Die entsprechend **hohen Grundstückspreise** sind der größte Hemmschuh für mehr geförderten Wohnbau. Deshalb sind Maßnahmen gegen jede Form der Grundstücksspekulation erforderlich.

Echte Mietpreisbremse einführen!

Die indexbasierten Mietsteigerungen lassen die Kosten fürs Wohnen explodieren. Diese „automatisierten“ Mieterhöhungen belasten in Zeiten hoher Inflation die Mieter:innen zusätzlich. Eine Deckelung für alle indexbasierten Mieterhöhungen muss dringend her: Mieten, die an den Verbraucherpreisindex gebunden sind, – das sind die Richtwert-, Kategorie- und freien Mieten – dürfen nur mehr einmal im Jahr erhöht werden – und zwar um maximal zwei Prozent. Nur mit solch einem **Mietendeckel** kann die massive Belastung der Mieter:innen eingebremst werden.

Aus für befristete Mietverträge

Immer mehr Wohnungen im privaten Bereich werden nur mehr befristet vermietet. Mittlerweile ist das bei zwei von drei neuen Mietverträgen im privaten Bereich der Fall. Läuft der Mietvertrag aus und kann oder will man sich die Erhöhung der Miete nicht leisten, beginnt die Wohnungssuche von vorne. Die AK fordert, dass große Immobiliengesellschaften und Vermietungsunternehmen **nicht mehr befristet** vermieten dürfen.

Schutz von Mieter:innen beim Heizungsumbau

So wichtig die Umrüstung von Heizungen auf **klimafreundliche Systeme** ist: Das darf nicht dazu dienen, Mieter:innen aus ihren Wohnungen zu vertreiben, etwa indem alte Heizungen abmontiert aber nicht ersetzt werden.

Die Kosten für die Umrüstungen dürfen nicht auf die Mieter:innen verlagert werden. Die Betriebskosten müssen transparent sein.

DIE AK FORDERT:

- > **Echte und wirksame Mietpreisbremse**
- > **Mehr geförderten Wohnbau**
- > **Gegen Mietwucher und für Mietenbegrenzungen**
- > **Aus für Befristungen**
- > **Schutz von Mieter:innen beim Heizungsumbau**
- > **Ein modernes Mietrecht**
- > **Effektive Maßnahmen gegen Grundstücksspekulationen**

Ein modernes Mietrecht

Dieses neue Mietrecht muss **verständlich, gerecht und transparent** sein. Es muss eine klare Mietobergrenze für den privaten Bereich enthalten. Im Gesetz muss genau stehen, welche Zuschläge erlaubt sind, und auch diese Zuschläge brauchen eine klare Begrenzung. Das Gesetz muss für alle privaten Mietwohnungen gelten, die älter als 30 Jahre sind. Mit dieser Beschränkung gerät auch der Neubau von Wohnungen im privaten Bereich nicht ins Stocken.

In Österreich leben, arbeiten und mitbestimmen dürfen

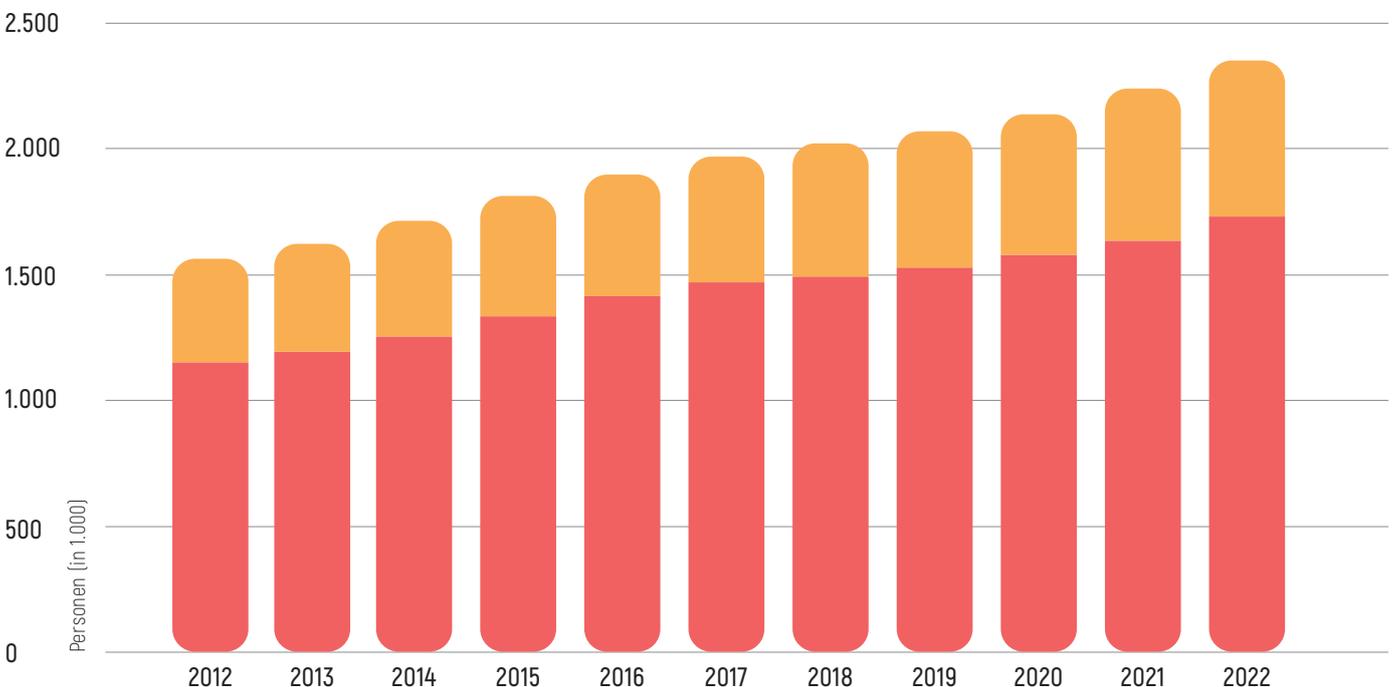
Menschen kommen aus unterschiedlichen Gründen nach Österreich: weil ihre engsten Angehörigen bereits hier sind, weil sie aus ihrer Heimat flüchten müssen, weil sie hier ein besseres Leben suchen oder weil sie als Arbeitskräfte angeworben werden. Sie bringen **Fähigkeiten und Wissen** mit, das wir auch aufgrund des demografischen Wandels dringend benötigen. Ein wesentlicher Hebel zur Integration ist eine zu ihrer Ausbildung

passende Beschäftigung. Das betrifft sowohl geflüchtete Personen als auch Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs oder zur Arbeitsaufnahme nach Österreich gekommen sind. Außerdem ist wesentlich, einen Umgang mit asylsuchenden Menschen zu finden, der die Menschenrechte achtet und ihnen eine Perspektive für die Zeit nach Abschluss des Asylverfahrens gibt.

BEVÖLKERUNG MIT MIGRATIONSHINTERGRUND 2012-2022

nach Zuwanderungsgeneration

● 1. Generation ● 2. Generation



Quelle: Statistik Austria | Grafik: eigene Darstellung

Neues Zuwanderungsmodell

Vielerorts wird über Arbeitskräftemangel diskutiert. Oft ist es aber selbstverschuldeter Arbeitskräftemangel durch schlechte Entlohnung und miese Arbeitsbedingungen, der durch bessere Arbeitsbedingungen sowie Ausbildungsaktivitäten der Unternehmen zu verhindern ist. Nichtsdestotrotz ist in einigen Fällen denkbar, dass ein großer Bedarf an bestimmten Qualifikationen besteht, etwa in neuen Berufsfeldern.

Es muss daher ein **neues Modell der Arbeitsmigration** entwickelt werden, das alle Aspekte einbezieht und den Anforderungen der kommenden Jahre entspricht.

Arbeitsmarktzugang für Asylwerber:innen

Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte haben freien Zugang zum Arbeitsmarkt, anders ist das für Asylwerber:innen: Sie dürfen in den ersten drei Monaten nach Antragstellung nicht arbeiten. Danach haben Asylwerber:innen die Möglichkeit, eine Beschäftigungsbewilligung zu erhalten, wenn das AMS keine andere Arbeitskraft für den konkreten Arbeitsplatz vermitteln kann. Das ist aber oft sehr schwierig.

Asylverfahren dauern aber oft immer noch jahrelang, daher soll im Sinne der Integration der **Zugang zum Arbeitsmarkt** erleichtert werden. Wenn das Verfahren nicht ein Jahr nach Antragstellung abgeschlossen ist, sollen Asylwerber:innen einen Zugang zum Arbeitsmarkt ohne Arbeitsmarktprüfung erhalten.

Integrationsjahr wiederbeleben

Das Integrationsjahr war eine modular aufgebaute arbeitsmarktpolitische Förderungsmaßnahme für Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und Asylwerber:innen, die hohe Chancen auf eine positive Entscheidung haben. Im Rahmen des Integrationsjahres können wichtige und sinnvolle Maßnahmen wie Kompetenzclearings, Deutschkurse, Berufsorientierung und Arbeitstrainings absolviert werden. Derzeit **fehlen aber die Mittel** dafür. Die für 2024 vorgesehenen 75 Millionen Euro für die Arbeitsmarktintegration von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten unter 25 Jahren sind zwar ein Schritt in diese Richtung, aber nicht ausreichend, da auch für die Folgejahre Budget zur Verfügung stehen muss.

Sicherer Aufenthalt für Ukrainer:innen

In Österreich leben vermutlich rund 70.000 Menschen, die aufgrund des Krieges in der Ukraine hergekommen sind. Es ist völlig unklar, welches Aufenthaltsrecht diese Menschen nach Ende des Status als Vertriebene erhalten.

Ukrainische Vertriebene müssen nach Ende ihres derzeitigen Status nahtlos ein **sicheres Aufenthaltsrecht** erhalten, das eine gute, ihrer Qualifikation entsprechende Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Entscheidend ist auch, dass die finanzielle Absicherung für die Ukrainer:innen deutlich verbessert wird.

DIE AK FORDERT:

- > **Neues, zeitgemäßes Modell der Arbeitsmigration**
- > **Asylwerber:innen:** Wenn das Verfahren ein Jahr nach Antragstellung nicht abgeschlossen ist, sollen sie Zugang zum Arbeitsmarkt ohne gesonderte Arbeitsmarktprüfung erhalten.
- > **Integrationsjahr:** Es muss wiederbelebt und auch auf ukrainische Vertriebene ausgeweitet werden. Dafür muss es die entsprechenden Budgetmittel geben.
- > **Staatsbürger:innenschaft:** Der Erwerb muss leistbar sein und die Fristen für den Erhalt müssen verkürzt werden

Besserer Zugang zur Staatsbürger:innenschaft

Wer dauerhaft in Österreich lebt und arbeitet und hier Steuern und Abgaben bezahlt, muss auch alle Rechte erhalten und **mitbestimmen dürfen**. Das gilt auch für Kinder, die hier aufgewachsen sind und Österreich als ihre Heimat begreifen. Daher müssen Möglichkeiten geschaffen werden, ohne übertriebene Hürden Österreicher:in zu werden. Derzeit stehen dem hohe finanzielle Hürden und lange Wartezeiten entgegen.

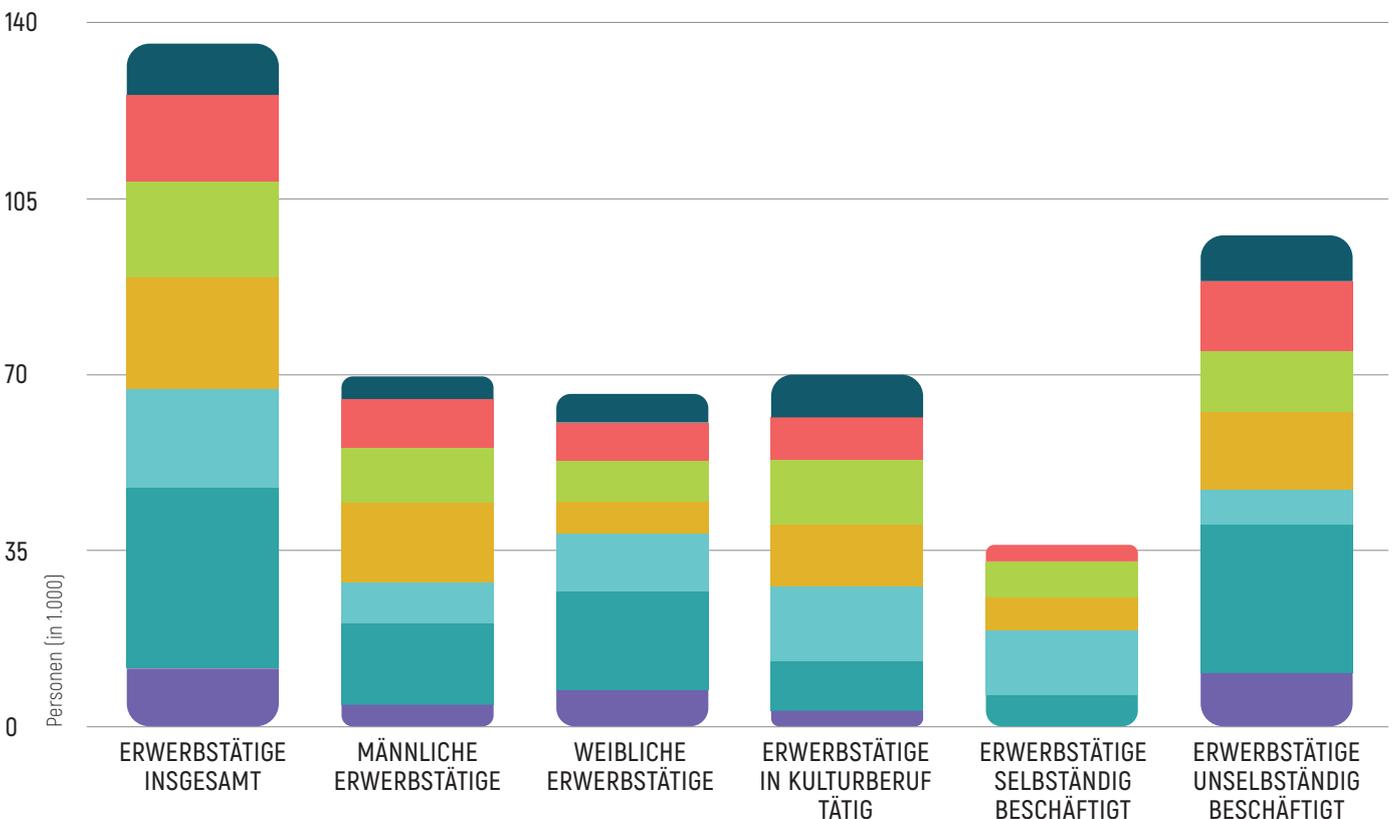
Denkanstöße für die Gesellschaft unterstützen

Seitdem es Menschen gibt, gibt es Kunst. Unser Leben wäre trist oder trostlos ohne die Freude, die **Impulse und Denkanstöße**, die Kunst und Kultur uns bieten. Aber wie so oft in Bereichen, auf die wir als Gesellschaft nicht verzichten können, wie etwa im Sozialbereich, spiegeln auch hier die Arbeitsbedingungen nicht die Bedeutung dieser Arbeit wider.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind mehr Regel als Ausnahme, projektweise Beschäftigungen und freie Dienstverhältnisse verlangen Künstler:innen und Kulturarbeiter:innen hohe Flexibilität bei oft kaum vorhandener Planbarkeit ab. Auch bei der sozialen Absicherung sind Verbesserungen dringend nötig.

ERWERBSTÄTIGE IM KULTURSEKTOR 2022

■ Kulturerbe, Archive, Bibliotheken
 ■ Bücher und Presse
 ■ Bildende Künste
 ■ Architektur
 ■ Darstellende Kunst
 ■ Audiovision und Multimedia
 ■ Ausbildung



Quelle: Statistik Austria | Grafik: eigene Darstellung

Fair Pay

Zwischen Lücken in der kollektivvertraglichen Abdeckung und „kreativen“ Auslegungen bestehender Kollektivverträge klaffen arbeitsvertragliche Vereinbarungen und gelebter Arbeitsalltag oft weit auseinander. Den häufig zu beobachtenden Umgehungen **arbeits- und abgabenrechtlicher Vorschriften** in der Kunst- und Kulturarbeit muss strikt entgegengewirkt werden. Daher ist eine Stärkung jener Verwaltungsbehörden geboten, die die Einhaltung dieser Vorschriften kontrollieren. Die Arbeitsinspektorate und die Finanzpolizei müssen personell und finanziell aufgestockt werden, um die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen auch tatsächlich überprüfen und gewährleisten zu können.

Faire Förderungen

Öffentliche Förderungen sind unverzichtbar für die freie Kunstszene. Aber so wie auch bei Förderungen im Sozialbereich führen mangelnde Wertanpassungen, kurze Förderdauern und kurzfristige Entscheidungen über die Verlängerung von Förderverträgen zu mangelnder Planbarkeit und damit zu prekärer Beschäftigung. Es muss daher **Mindestanforderungen für Förderverträge** in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen geben – vom Arbeitsmarktbereich über Frauenprojekte bis zur Kunst, die für Kontinuität und Wertsicherung sorgen.

Neue Rechte für Ein-Personen-Unternehmen

Die neuen Leitlinien der Europäischen Kommission schaffen Spielraum für eine kollektive Vertretung der Solo-Selbstständigen. Tarif- bzw. Kollektivverträge als solche müssen vollständig von der kartellrechtlichen Kontrolle ausgeschlossen sein, unabhängig davon, ob sie typische, atypische Arbeitnehmer:innen oder wirtschaftlich abhängige Selbstständige betreffen. Die **Verhandlungsmacht** wirtschaftlich abhängiger Solo-Selbstständiger muss gestärkt werden, ohne zu einer Aushöhlung der Schutzniveaus für Arbeitnehmer:innen führen.

Gute soziale Absicherung

Derzeit sind die sozialen Systeme für Selbstständige und Unselbstständige nicht gut aufeinander abgestimmt. Für Künstler:innen, deren Arbeitsleben geprägt ist von häufigen Wechseln zwischen selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit, entstehen damit Lücken in der sozialen Absicherung. Hier braucht es eine **bessere Abstimmung**, damit jene, die in beiden Welten arbeiten, nicht zwischen den Systemen aufgerieben werden. Zudem muss die Sozialhilfe wieder eine echte Mindestsicherung werden, die für die Antragsteller:innen leicht und ohne das Gefühl der Bloßstellung zugänglich ist.

Kunst ohne Diskriminierung

Ungleichbehandlung, sexuelle Belästigung und jegliche Formen von Diskriminierung gibt es auch im Kunst- und Kulturbereich. Oft werden sie als Randthema gesehen und, wenn überhaupt, nur anlassbezogen behandelt. Machtmissbrauch, **finanzielle Abhängigkeit** und diskriminierende Strukturen durch prekäre Arbeitsverhältnisse begünstigen Diskriminierungen. Die Betroffenen verfügen insgesamt über wenig Information, wie sie sich dagegen wehren können. Umgekehrt leisten Kulturarbeiter:innen wichtige Demokratietarbeit, wenn sie gesellschaftliche Missstände thematisieren.

DIE AK FORDERT:

- > **Verlässliche Förderungen** für gesellschaftlich wertvolle Arbeit
- > **Ausweitung des Diskriminierungsschutzes** außerhalb der Arbeitswelt („Levelling up“)
- > **Diskriminierung verhindern** durch Prävention, z.B. verbindliche Schulungen für Vorgesetzte
- > Personelle und finanzielle **Stärkung der Arbeitsinspektorate und Finanzpolizei**, um die Flucht aus dem Arbeits- und Sozialrecht zu unterbinden
- > **Stärkung der Solo-Selbstständigen** bei der Durchsetzung ihrer Rechte
- > **Bessere Versorgungsleistungen** im Falle der Beschäftigungslosigkeit
- > Eine **Mindestsicherung** mit niedrigschwelligem Zugang soll das kaputte Sozialhilfe-Grundsatzgesetz ersetzen

IM EINSATZ FÜR DIE GERECHTIGKEIT

Die Leistungen der AK 2023



645.000.000

Euro für unsere Mitglieder erreicht

In den Bereichen: Arbeitsrecht, Konsumentenschutz, Steuerrecht, Insolvenzen, Sozialversicherung und Pensionen, Bildungsförderung u. v. m.



4.653.000

Versand und Download von Ratgebern

#1 Steuer Sparen
#2 Kinderbetreuungsgeld
#3 Arbeitsverhältnisse beenden



3.991.000

Mitglieder in ganz Österreich



1.100

Stellungnahmen und Begutachtungen zu Gesetzen und Verordnungen



2.290.000

Beratungen haben wir durchgeführt

383.000 persönlich
1.636.000 telefonisch
271.000 E-Mail/Brief



171.000

mal haben wir Mitglieder gerichtlich und außergerichtlich vertreten



17.284.000

Aufrufe unserer Online-Rechner

#1 Brutto-Netto-Rechner
#2 Pensionsrechner
#3 Mein Lohnzettel



4.180.000

Euro an Bildungsgutscheinen ausbezahlt – an 51.000 Mitglieder



2.232.000

Medien aus den AK Bibliotheken ausgeliehen

A portrait of Renate Anderl, a woman with dark hair, wearing a red jacket over a black top. The portrait is partially obscured by a red graphic element on the left side of the page.

”

Der beste Sozialstaat der Welt für alle, die hier leben. Das muss keine Utopie bleiben. Wir wissen, wie das geht.

Renate Anderl
AK Präsidentin

 facebook.com/renate.anderl
arbeiterkammer.at

Ein gutes
Leben für alle.

Wir arbeiten am
Sozialstaat von morgen.

AKWIEN.AT/SOMUSSOZIALSTAAT



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Die Arbeiterkammer steht für soziale Gerechtigkeit.
Wir setzen uns seit mehr als 100 Jahren für die Rechte
der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

Damals. Heute. Für immer.



[WIEN.ARBEITERKAMMER.AT](https://www.wien.arbeiterkammer.at)



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN